

# politik



## Engagement versus Politik?

Eine Debatte über die  
Shell Jugendstudie

Extra: 5 mal 6 Fragen zur Bürgerschaftswahl  
Jugendpolitische Wahlprüfsteine



**Neu im Vorstand.** Das aus privaten Gründen bedingte Ausscheiden von **Knut Kilgus** aus dem LJR-Vorstand machte auf der letzten Vollversammlung eine Nachwahl notwendig. **Ronja Kieslich** (21) gewann das Vertrauen der Delegierten aus den Hamburger Jugendverbänden und ist seit dem 18. November 2010 eine der vier gleichberechtigten LJR-Vorsitzenden. Sie stammt aus den Reihen der Hamburger Sportjugend, dort bereits als Zweite Vorsitzende gewählt, und spielt Floorball, eine Hallenvariante des Hockeys, früher bei der Spielvereinigung Blau-Weiß 96 Schenefeld und jetzt beim ETV Hamburg. Auch als Ausbilderin ist Ronja aktiv: Für die Sportjugend in Hamburg ist sie als Teamerin für Jugendbildungsseminare tätig und auf Bundesebene engagiert sie sich in der AG Soziale Talente, welche das Ziel verfolgt, die »zivilgesellschaftliche Kraft des organisierten Sports« deutlich zu machen und die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern.



**Der letzte seiner Art?** Seine Zukunft sieht **Helge Halling** (18) im Regie- oder Theaterfach, seine Gegenwart spielt auf der »Bühne« des Landesjugendringes – in der Geschäftsstelle. Seit Anfang Januar ist er der neue »Zivi« und – aufgrund der kommenden Aussetzung des Bundeswehr- und Zivildienstes – womöglich auch der letzte. Geboren ist Helge in München, lebt aber seit zwölf Jahren in Hamburg und absolvierte sein Abitur letztes Jahr am Gymnasium Dörpsweg. Dort entwickelte er seine Leidenschaft für das Theaterspielen und Stücke schreiben. Diese füllt auch weiterhin seine Freizeit aus. Aktuell lernt und probt Helge in einem Workshop am Deutschen Schauspielhaus. Am 30. Juni endet dann sein Gastspiel beim Landesjugendring.

## Kommentar

- 3 Zwei Mal zehn Stimmen für eine gelebte Demokratie?**  
*Gregor Best, LJR-Vorsitzender*

## Titelthema:

**Engagement versus Politik? Eine Debatte über die Shell Jugendstudie**

- 4 Wie ticken junge Menschen?**

- 5 Jugend wieder politischer**  
Shell Jugendstudie 2010 zeigt aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven  
*Dr. Thomas Gensicke, TNS Infratest Sozialforschung*

- 8 Jugend und Politik – ein Spannungsfeld**  
*Marco Wiesner, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll der Hamburgischen Bürgerschaft*

- 10 Engagement versus Politik?**  
Vier Jugendliche aus Hamburger Jugendverbänden sprechen über ihr Engagement – und ebenso über die Veranstaltung der Bürgerschaftskanzlei zur Shell Jugendstudie  
*Philipp Günzel, Hamburg, und Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg*

- 12 Für die Praxis empfohlen**  
Eine wertende Zusammenfassung jugendpolitischer Perspektiven in der Shell Jugendstudie  
*Carlo Klett, LJR-Geschäftsführer*

## Extra: Bürgerschaftswahl 2011

- 13 5 mal 6 Fragen zur Bürgerschaftswahl**  
Jugendpolitische Wahlprüfsteine

- 18 Bildung – Integration – Partizipation**  
Der Landesjugendring Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2011  
*LJR-Vorstandsbeschluss vom 12. Januar 2011*

## Vielfalt! Jugendarbeit

- 19 Was ist Deine wichtigste Frage der Welt?**  
Bei der Jugendakademie Neu Allermöhe (JANA) gibt es die Antworten!  
*Siegmar Grapentin, Evangelische Jugend Hamburg*
- 20 Serie: Die Wirkungsstätten Ottensen ade?**  
Der Deutsche Pfadfinderbund Hamburg (DPBH) und der Pfadfinder & Pfadfinderinnenbund Nordlicht widersetzen sich  
*Christian Pohl, Hamburg*

## Nachrichten

- 22 Medienkompetenz für Jugendleiter/innen**  
Start des Fortbildungsprojektes  
*Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg*

## Alternative Stadtrundfahrten

Nachrichten

- 23 Richtungsweisende Entscheidungen**  
Bericht von der Vollversammlung des Landesjugendringes Hamburg vom 18. November 2010

## Rückseite

- 24 Vom »Häufeln« und »Verteilen« – das neue Wahlrecht**  
So werden die Hamburgische Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen gewählt – mit jeweils zehn Stimmen

## Impressum

**punktum** ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

**Redaktion:** Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Raul Roßmann **Photos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

**V.i.S.d.P.:** Gregor Best c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

**Verlag:** Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; info@ljr-hh.de;

www.ljr-hh.de. **Auflage:** 2.500 Exemplare

**punktum** wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.

**Druck:** Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

## Zwei Mal zehn Stimmen für eine gelebte Demokratie?

**Aufbegehren im Ländle.** Als im Herbst letzten Jahres die Proteste um Stuttgart21 ihren Höhepunkt erreichten, kam es zeitgleich auch zu einer bundesweiten Diskussion um mehr Bürgerbeteiligung. Volksbegehren, so argumentierten die einen, wären die zeitgemäße Antwort einer angemessenen Einbindung der Menschen und gelebte Demokratie, um die inhaltliche Diskussion von der Straße zu holen und in politische Entscheidungen einfließen zu lassen. Die Gegner warfen den Befürwortern Populismus und billigen Wahlkampf vor.

Wie so häufig in erhitzten Diskussionen ging keine Seite als klarer Verlierer hervor – schließlich beanspruchen beide den moralischen Sieg für sich. Daran änderte der Schlichtungsspruch des ehemaligen Bundesministers Heiner Geißler auch nichts. Zumindest bis zu den nächsten Landtagswahlen im Ländle, werden die Oppositionsparteien das Thema aufrechterhalten. Dass es eine wesentliche Rolle in der Wahlentscheidung der Bürger/innen spielt, ist wahrscheinlich.

Aber nicht nur in Baden-Württemberg finden in diesem Jahr Wahlen statt, auch in sechs weiteren Bundesländern dürfen die Wähler/innen über die Zusammensetzung ihrer Parlamente entscheiden. Meist steht dabei kein vergleichsweise hitziges Ereignis wie im Süden der Republik im Vordergrund.

**Hamburger Verhältnisse.** Hier in Hamburg ist dies auch nicht verwunderlich. Der unplanmäßige Wahltag kam so spontan, dass er in kaum einem Kalender eingedruckt ist. Doch es war kein Großereignis – vergleichbar mit Stuttgart21 – für das vorzeitige Ende der ersten schwarz-grünen Koalition verantwortlich; vielmehr hatten sich die beiden Regierungsparteien im täglichen Miteinander auseinander gelebt.

Umso deutlicher wird dies im aktuellen Wahlkampf. Jede Partei versucht ihr Profil durch eigene Themen zu schärfen. Jede kämpft für sich. Während es die CDU mit einer inhaltlichen 180-Grad-Drehung und Hilfe des Schulreform-Gegners Walter Scheuerl probiert, wirken die Grünen wie losgelöst und lächeln, so als hätte es die letzte Koalition und die damit verbundenen Probleme nicht gegeben. Emanzipiert und lautstark treten sie dabei auf – wohl wissend, dass es für sie in einer wahrscheinlich rot-grünen Koalition nicht zwangsläufig leichter wird, als es mit den Christdemokraten war.

Die SPD wird, sofern man Umfragen glauben darf, als Gewinner der Wahl hervorgehen und den Bürgermeister stellen. Olaf Scholz kehrt damit in das Rathaus zurück. Welche Abgeordneten ihn dabei begleiten werden,

ist unklar. Bedingt durch das neue Wahlrecht, das durch die Vergabe von zehn Stimmen eine differenzierte Einflussnahme des Wählers auf die Kandidaten der Parteien erlaubt, wird es bestimmt noch die eine oder andere Überraschung auf den Listen geben. Nicht nur bei der SPD. Denkbar ist, dass auf diesem Wege der gestärkten Personenwahl statt pauschaler Listenwahl auch indirekt Themen der Jugendverbände wieder verstärkt ihren Platz in der Bürgerschaft finden werden. Warum nicht mal träumen?

Die Linke wird es sich wieder auf den Oppositionsbänken gemütlich machen. Ganz gleich wie man zu ihren inhaltlichen Positionen steht, muss man die geleistete Arbeit der kleinsten Fraktion durchaus anerkennen. Ob die FDP überhaupt die notwendigen fünf Prozent erreicht, ist fraglich. Der liberale Landesverband glänzte in den letzten Jahren vor allem durch Grabenkämpfe in den eigenen Reihen. Ihre größte Hoffnung ist, neben dem Einzug ins Parlament, als kleiner Koalitionspartner einer Regierungskoalition zu dienen. Jeder darf träumen!

**Fragezeichen.** Die Politik des nächsten Senats stellt aber derzeit das größte Fragezeichen dar. Ganz gleich wer der nächste Bürgermeister wird, ist mit weiteren Sparmaßnahmen zu rechnen. Proteste dagegen werden kommen – nur von wem ist die Frage. Bisher sind die Hamburger Jugendverbände noch vergleichsweise gut weggekommen. Ob dies auch in Zukunft der Fall sein wird, hängt von der personellen Zusammensetzung der Bürgerschaft ab. Und diese kann Jede/r mit ihren/seinen Stimmen beeinflussen. Mehr gelebte Demokratie mit Hilfe von zwei Mal zehn Kreuzen: je zehn für die Bürgerschaft und das jeweilige Bezirksparlament. Davon können andere nur träumen ...

*Gregor Best, LJR-Vorsitzender*





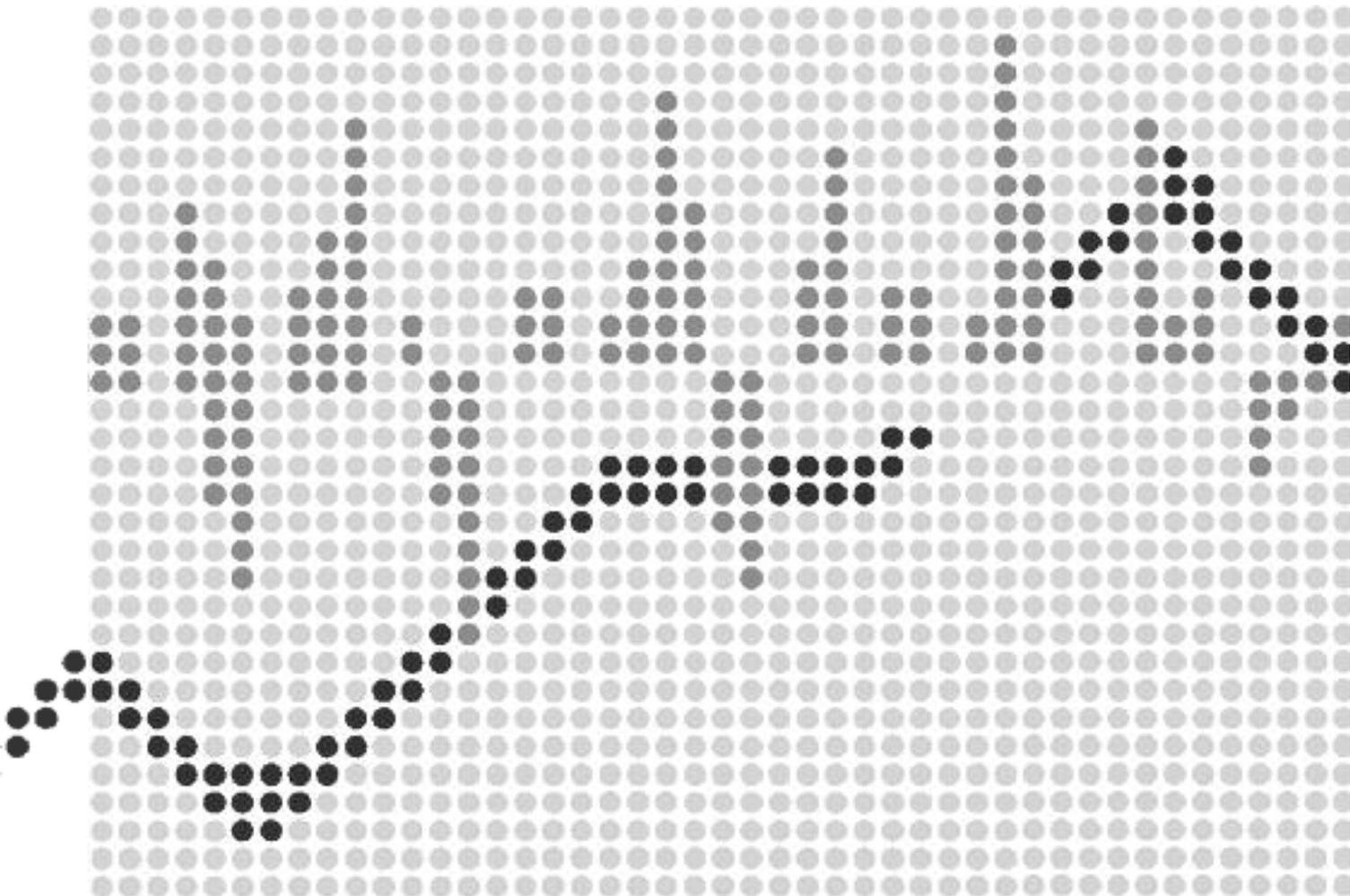
## Wie ticken junge Menschen?

**Nichts weniger** als dieses repräsentativ herauszufinden, ist der Anspruch der Shell Jugendstudie. Ein Befund der Studie steht am 20. Februar auf dem Prüfstand. Das Interesse junger Menschen an Politik sei wieder »leicht gewachsen«: Während im Jahr 2002 nur noch 34 Prozent der Befragten sich selbst als »politisch interessiert« bezeichneten, sollen es 2010 wieder 40 Prozent der jungen Leute zwischen 15 und 24 Jahren sein.

Dieser Befund wird bei der anstehenden Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen zu überprüfen sein – zumal sich bislang in Hamburg eine gegenläufige Tendenz abzeichnet. Die Wahlbeteiligung junger Menschen sank rapide und zwar überdurchschnittlich im Vergleich zur allgemeinen Teilnahme. Bei der Bürgerschaftswahl 2004 gaben 48,6 Prozent der 18- bis 24-Jährigen ihre

Stimme ab (zum Vergleich: 68,7 Prozent Wahlbeteiligung insgesamt), bei der Wahl 2008 waren es nur noch 38,2 Prozent (63,5 Prozent insgesamt). Ein dramatischer Rückgang. Nichtwähler sind eine jugendliche Massenbewegung.

**Interesse an Politik** ist jedoch nicht gleichzusetzen mit aktiver Teilhabe am politischen System. Auch dafür liefert die Shell Studie Hinweise. Es klafft eine Lücke zwischen dem sozialen Engagement junger Menschen und der Teilhabe an politischen Prozessen und Institutionen. Warum ist dies so? Wo verlaufen die Brüche zwischen Bürgergesellschaft und ihren repräsentativ-demokratischen Einrichtungen? Engagement versus Politik? punktum geht im Titelthema dieser Frage nach. Und liefert nachfolgend Wahlprüfsteine aus jugendpolitischer Sicht. Denn es gilt: Erst informieren, dann wählen ... (jg)



## Jugend wieder politischer

Shell Jugendstudie 2010 zeigt aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven

Von Dr. Thomas Gensicke, TNS Infratest  
Sozialforschung

**Über die heutige Jugend hört man nicht zur Gutes. Allenthalben ist von wachsender Politikverdrossenheit, mangelndem sozialen Engagement und Desinteresse an gesellschaftlichen Problemen die Rede. Doch die aktuelle Shell Jugendstudie offenbart ein anderes Bild. Vor allem Zuversicht vereint die junge Generation der bis zu 25-Jährigen: Sie zeigt wieder stärkeres politisches Interesse und engagiert sich für soziale Zwecke.**

Mehr als 2.500 Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 25 Jahren wurden zu Beginn des Jahres befragt: Bei der mittlerweile 16. Shell Jugendstudie stehen traditionell die Lebenssituation, Wertvorstellungen sowie politischen Einstellungen der jungen Generation im Fokus. Gegenüber der letzten Studie im Jahr 2006 hat sich dabei vor allem der Optimismus unter den Jugendlichen deutlich erhöht. Nur kurz nach der schwersten Wirtschaftskrise in der

Geschichte der Bundesrepublik hat die junge Generation offenbar neue Zuversicht gefasst: Insgesamt 59 Prozent der Befragten blicken uneingeschränkt optimistisch in die Zukunft. Vier Jahre zuvor taten dies nur etwa 50 Prozent. Allerdings sind diese Ergebnisse nicht ohne Einschränkungen zu betrachten. Die Zuversicht der Jugendlichen aus sozial schwachen Haushalten ist nämlich zeitgleich weiter gesunken. Die Kluft zwischen den Milieus hat sich mithin noch verstärkt.

### Interesse an Politik steigt wieder leicht

Bereits seit 1952 beauftragt Shell in Deutschland unabhängige Forschungsinstitute um Sichtweisen, Stimmungen und Erwartungen von Jugendlichen zu dokumentieren. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen nicht nur individuelle Haltungen, sondern auch das politische Interesse und gesellschaftliche Engagement der jungen Generation.

Bislang zeichneten sich Jugendliche dabei vor allem durch eine bemerkenswerte »Politik-Abstinenz« aus. Während es in den 70er und

80er Jahren gewissermaßen noch zum guten Ton gehörte, politisch interessiert zu sein, kippte diese Haltung spätestens Mitte der 90er deutlich um. Die Distanz zu politischen Institutionen, Parteien und sonstigen Formationen hatte sich bis zum Jahr 2002 immer weiter vergrößert: Nur noch 34 Prozent aller Jugendlichen bezeichneten sich seinerzeit als »politisch interessiert«.

Seitdem lässt sich allerdings ein erfreulicher Gegentrend beobachten. Nach der letzten Erhebung im Jahr 2006 zeigt auch die aktuelle Studie in diesem Jahr ein – wenn auch nur leichtes – Wachstum beim politischen Interesse. Mittlerweile bezeichnen sich wieder 40 Prozent der jungen Leute zwischen 15 und 24 Jahren als politisch interessiert. Von der Situation in den 80er Jahren mit damals mehr als 55 Prozent politisch interessierter Jugendlicher ist man aber trotzdem noch immer weit entfernt. Zentrale Einflussgrößen auf das politische Interesse sind neben Alter und Geschlecht vor allem auch Bildung und Herkunftsschicht: Generell stehen ältere sowie männliche Jugendliche

durch ein hohes Interesse heraus. Der eigentliche Anstieg des politischen Interesses lässt sich allerdings vor allem auf die Jüngeren sowie die mittlere und gehobene Schicht zurückführen. Bei den Jugendlichen aus der Oberschicht stieg beispielsweise der Anteil der politisch Interessierten von 43 Prozent im Jahr 2002 auf aktuell 51 Prozent deutlich an. Stagnierend bis rückläufig zeigte sich die Entwicklung hingegen bei Jugendlichen aus der unteren Mittelschicht sowie der Unterschicht.

## Eher links von der Mitte

Politisch ordnet sich die Mehrheit der Befragten nach wie vor »eher links« von der Mitte ein. Insgesamt stufen sich aktuell neun Prozent der Jugendlichen »links« und weitere 29 Prozent »eher links« ein. Ebenso 29 Prozent sehen sich in der Mitte. Der Rest sieht sich entweder weiter rechts von der Mitte oder nimmt keine politische Einstufung vor. Wie die Studie zeigt, ordnen sich politisch interessierte und höher gebildete Jugendliche dabei in der Regel etwas weiter links ein. Politisch desinteressierte und wenig gebildete Jugendliche tendieren hingegen etwas weiter zur Mitte.

Ungebrochen erscheint auch der Trend zu mehr Demokratiezufriedenheit unter den Jugendlichen. Wie die Shell Jugendstudie zeigt, sind aktuell 63 Prozent der Befragten entweder »sehr zufrieden« oder aber »eher zufrieden« mit der Demokratie in Deutschland. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2006 entspricht das einem Anstieg von vier Prozent. Auffällig deutlich stieg die Zufriedenheit vor allem in den neuen Bundesländern von 37 Prozent im Jahr 2002 auf nunmehr 45 Prozent. Im Osten äußert sich zwar noch immer jeder zweite Jugendliche als unzufrieden mit der momentan bestehenden Demokratie, aber auch hier nimmt die Zufriedenheit deutlich zu. Ohnehin handelt es sich dabei um einen generellen Trend, den man bei allen sozialen Gruppen auffindet. So sind die Werte auch bei den Gruppen mit der niedrigsten Demokratiezufriedenheit – den Jugendlichen ohne Arbeit oder Ausbildungsabschluss – verglichen zur letzten Erhebung wieder leicht angestiegen. Bei den arbeitslosen Jugendlichen zeigte sich der Zufriedenheitszuwachs im Vergleich zu 2006 mit sechs Prozent sogar relativ deutlich.

Steigendes Politikinteresse und mehr Demokratiezufriedenheit haben an der Wahlbeteiligung der Jugendlichen allerdings nicht viel geändert – sie liegt weiterhin in etwa zehn Prozent unter dem Durchschnitt aller Wahlberechtigten und folgt dem generell rückläufigen Trend. Dass die Wahlbeteiligung in Deutschland sinkt, liegt also nicht nur an den jungen Wählern, auch wenn diese im Schnitt seltener wählen gehen.

Von der Idee, das Mindestalter zur Wahlbeteiligung auf 16 Jahre zu senken, halten die meisten Jugendlichen übrigens wenig: Insgesamt 56 Prozent der Befragten lehnen den Vorschlag explizit ab. Gegenüber dem Jahr 2002 hat sich diese Gruppe um elf Prozent vergrößert. Rund 21 Prozent der Jugendlichen ist die Frage nach dem Wählen mit 16 egal.

## Vertrauen: Finanzwirtschaft wird abgestraft

Für die Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen wurde bei der Studie auch das Vertrauen gegenüber staatlichen und privaten Institutionen abgefragt. Nach wie vor wird dabei vor allem der Polizei und Gerichten ein überdurchschnittliches Vertrauen entgegengebracht. Danach folgen Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen sowie die Bundeswehr. Auch die Europäische Union liegt in puncto Vertrauen noch über dem Durchschnitt. Dieses Ergebnis zeigt: Die Idee von Europa wird offensichtlich von den Jugendlichen trotz der häufig beklagten bürokratischen Praxis der EU-Kommission weiterhin befürwortet.

Ein unterdurchschnittliches Vertrauen genießen hingegen die Bundesregierung und auch Kir-

chen. Die Schlusslichter bilden Konzerne, Parteien und vor allem Banken. Als Folge der letzten Rezession zeigen Jugendliche neuerdings offenbar einen ausgeprägten Missmut gegenüber Wirtschaft und Finanzen. Dies spiegelt sich wahrscheinlich auch bei den Banken wider, die beim Vertrauen den letzten Platz belegen.

## Teilnahme an politischen Aktionen?

### Warum nicht?

Doch wie sieht es mit dem eigentlichen politischen Engagement junger Leute aus? Bei der Shell Jugendstudie wurden die Teilnehmer nach ihrer grundsätzlichen Bereitschaft gefragt, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Für 77 Prozent der Jugendlichen käme dabei die Beteiligung an einer Unterschriftenaktion am ehesten in Frage, sofern ihnen ein bestimmtes Anliegen persönlich wichtig ist und sie dazu ihre Meinung kundtun oder politisch Einfluss nehmen möchten. Insgesamt 59 Prozent davon berichteten sogar, dies schon einmal gemacht zu haben. Weitere 54 Prozent können sich vorstellen, aus politischen, ethischen oder Umweltgründen den Kauf einer Ware zu boykottieren. An Protestversammlungen würden sich 44



Prozent beteiligen – wobei etwas weniger als die Hälfte davon sogar schon mal demonstriert hat. Die Mitarbeit in einer Partei oder politischen Gruppe kommt hingegen nur für eine Minderheit von 17 Prozent in Frage.

Zusammenfassend zeigt die Studie, dass für lediglich acht Prozent aller Jugendliche keine der genannten Aktivitäten als Mittel der politischen Meinungsäußerung in Frage kommt. Insgesamt 15 Prozent zeigen eine geringe Bereitschaft – sie würden sich maximal an einer Aktivität beteiligen, etwa einer Unterschriftenaktion. Bei 37 Prozent aller Jugendlichen ist eine grundsätzliche Aktivitätsbereitschaft vorhanden – für sie sind zwei bis drei Aktionen wahrscheinlich. Weitere 22 Prozent weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit zur Bereitschaft auf. Diese Gruppe könnte sich mehrheitlich vorstellen, für politische Interessen an gleich mehreren Aktionen teilzunehmen und würde sich beispielsweise zu 68 Prozent an Demonstrationen oder zu 58 Prozent an Bürgerinitiativen beteiligen. Die restlichen 18 Prozent zeigen schließlich die höchste Aktivitätsbereitschaft: Diese Jugendlichen würden sich »wahrscheinlich« oder »auf jeden Fall« an nahezu allen genannten politischen Aktionsformen beteiligen, sofern ihnen diese persönlich wichtig sind.

Besonders aktiv sind in diesem Zusammenhang höher gebildete Jugendliche, die sich selbst als eher links und politisch interessiert bezeichnen. Eine besonders geringe Bereitschaft findet sich hingegen bei politisch uninteressierten und niedrig gebildeten Jugendlichen, die sich entweder als eher rechts einstufen, oder aber sich gar nicht positionieren können. Außerdem zeigen die weiblichen Befragten tendenziell mehr Bereitschaft als die männlichen.

### Jugend zeigt soziales Engagement

Im Vergleich zu den Vorjahren sind immer mehr Jugendliche auch sozial engagiert: 39 Prozent setzen sich häufig für soziale oder gesellschaftliche Zwecke ein. Dabei zeigen sich erneut soziale Unterschiede: Aktivität und Engagement sind bildungs- und schichtabhängig. Je gebildeter und privilegierter die Jugendlichen sind, desto häufiger sind sie im Alltag aktiv für den guten Zweck. Dafür verantwortlich sind vor allem die unterschiedlichen lebensweltlichen Kompetenzen der Jugendlichen. Aktiv im Alltag sein, setzt Selbstbewusstsein, soziale Kompetenz aber auch Gelegenheitsstrukturen im Alltag voraus. Außerdem hängt die Aktivität mit verschiedenen Wertorientierungen zusammen.

An der Spitze bei den Aktivitäten steht vor allem der Einsatz für Jugendliche sowie deren Interessen und Freizeitgestaltung. Hinzu kommen eine ganze Reihe anderer Bereiche, etwa Aktivitäten für ältere Hilfsbedürftige, für sozial

Schwache, für ein besseres Zusammenleben mit Migranten oder auch die Pflege der deutschen Kultur und Tradition.

Die wichtigsten Sozialräume für Aktivitäten und Engagement sind in Deutschland nach wie vor die Vereine. Hier sind immerhin 47 Prozent aller Jugendlichen oft oder gelegentlich für gesellschaftliche und soziale Zwecke oder ganz einfach für andere Menschen aktiv. An Schulen und Hochschulen üben 22 Prozent der Befragten entweder Ämter aus, die mit Aktivitäten und Engagement verbunden sind, oder aber sie beteiligen sich dort an Initiativen. Danach folgen Kirchengemeinden, Projektgruppen und Jugendorganisationen. Mehr als ein Drittel der Jugendlichen zeigt soziales Engagement aber auch für sich alleine und völlig unabhängig von Vereinen oder Institutionen. Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um Engagement, das sich in sozialen Bezügen wie beispielsweise der Clique, der Nachbarschaft oder Wohngebieten äußert.

### Gesellschaftliche Integration und Alltagskonflikte

Auch Probleme und Konflikte im Alltag werden in der Shell Jugendstudie nicht ausgeklammert. Gemessen wird etwa der Grad an Toleranz gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen, die Verwicklung von Jugendlichen in gewalttätige Auseinandersetzungen sowie ihre Einstellung zur Zuwanderungsthematik. Die Studie zeigt, dass Jugendliche gegenüber einzelnen Gruppen durchaus Vorbehalte artikulieren, allerdings kann von einer generellen Intoleranz nach wie vor keine Rede sein. Mit 27 und 26 Prozent werden am häufigsten Vorbehalte gegenüber türkische Familien und russischen Aussiedlerfamilien genannt. Zum Vergleich: Nur zehn Prozent der Befragten zeigen Vorbehalte gegenüber einer Familie aus Afrika mit dunkler Hautfarbe. Toleranz und Vorurteile gegenüber Migranten hängen also offenbar auch sehr stark davon ab, um welche Ethnien es sich handelt. Die öffentliche Wahrnehmung und Rollenzuweisung, etwa gegenüber türkischen oder russischen Migranten, schlägt sich dabei ebenfalls in den Vorbehalten nieder. Wer allerdings persönliche Kontakte zu Migranten in der eigenen Nachbarschaft aufweisen kann, äußert im Schnitt weniger häufig Vorbehalte.

Eine deutliche Problemschärfung stellen die Forscher bei der Einschätzung der Zuwanderungsproblematik fest. Dabei ist die Anzahl derjenigen, die sich dafür aussprechen weniger Zuwanderer als bisher aufzunehmen, bei den Jugendlichen mit 46 Prozent im Vergleich zu 56 Prozent im Jahr 2006 und 48 Prozent im Jahr 2002 deutlich gesunken. Während sich in den alten Bundesländern 44 Prozent der Jugendlichen dafür aussprechen, sind es im Osten immer noch eine Mehrheit von 56 Prozent.

Beim Thema Jugendgewalt zeigt die Studie hingegen keine wesentlichen Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren. Zusammengefasst berichten 23 Prozent der Jugendlichen in den letzten zwölf Monaten in gewaltsame Auseinandersetzungen verwickelt gewesen zu sein. Mit 13 Prozent stehen dabei Schlägereien unter Jugendlichen an der Spitze. Danach folgen Schlägereien in Kneipen oder Schulen. Männliche Jugendliche sind dabei immer noch weitaus häufiger in solche Auseinandersetzungen verwickelt. Fast jeder Dritte war in den letzten zwölf Monaten in eine Schlägerei involviert. Am häufigsten traten gewaltsame Auseinandersetzungen bei den 15- bis 17-Jährigen auf.

### Fazit: »Repolitisierung« der Jugend?

Wie Jugendliche zu Politik und Gesellschaft stehen, hängt stark davon ab, welche Chancen sich ihnen in Abhängigkeit von ihrer sozialen Lage, ihrer Herkunftsschicht und ihrer Bildungsoptionen bieten. Das zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Einstellungen und Orientierungen. Zusammenfassend zeigt die Studie durchaus Tendenzen zu stärkerem politischen Interesse. So zeigt sich die Jugend häufig bereit, an politischen Aktivitäten teilzunehmen. Auch Politikinteresse und Demokratiezufriedenheit haben im Vergleich zu den Vorjahren wieder zugenommen. Es ist also offenbar weniger ein allgemeines Desinteresse an Politik und Gesellschaft oder eine grundsätzliche Distanz zur Demokratie, welche die Jugendlichen zur Politikverdrossenheit führt. Der sichtbare Vertrauensverlust richtet sich vielmehr an die Parteipolitik und damit natürlich auch an deren Repräsentanten.

### Zur Person

**Dr. Thomas Gensicke**, Jahrgang 1962, leitet den Bereich »Staat und Bürger« bei TNS Infratest Sozialforschung in München und ist dort seit 2002 auch an der Erstellung der Shell Jugendstudien beteiligt. Gensicke studierte Philosophie an der Universität Leipzig. Als Wissenschaftler war er für verschiedene Forschungsinstitute tätig und hatte Lehraufträge an der PH Karlsruhe sowie der Universität Koblenz-Landau. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen unter anderem die empirische Einstellungs-, Werte- und Kulturforschung.



Ehrwürdig der Saal – überwiegend jugendlich das Publikum



Widerspruch

Fotos © Bürgerschaftskanzlei

## Jugend und Politik – ein Spannungsfeld

von Marco Wiesner, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll der Hamburgischen Bürgerschaft

Die Shell Jugendstudie ist deutschlandweit bekannt und wird geschätzt. Auch die 16. Shell Jugendstudie beruht wie gewohnt auf bundesweiten Befragungen und wird wissenschaftlich in Bielefeld und München erarbeitet. Der Anstoß aber kommt aus Hamburg, von der Shell Deutschland Holding GmbH. Während jedoch die aktuellen Ergebnisse bereits bundesweit präsentiert wurden, gab es in Hamburg noch von keiner Institution Ambitionen, die Erkenntnisse vorzustellen und öffentlich zu diskutieren. Dabei legt die Untersuchung Einstellungen und Tendenzen offen, die für unsere Gesellschaft von immenser Bedeutung sind. Diese Erkenntnis gab den Ausschlag für die gemeinsame Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, der Shell Deutschland und der Hamburgischen Bürgerschaft am 25. November 2010 im Hamburger Rathaus. Im Fokus stand dabei das dritte Kapitel der Studie – »Jugend und Politik«. Schließlich zeigten die Befragungen im Rahmen der Studie, dass sich vielleicht eine allmähliche

»Repolitisierung« der Jugend abzeichnen könnte. Gleichzeitig offenbart die Studie neben einer erfreulich hohen Demokratieakzeptanz einen anhaltenden Vertrauensverlust gegenüber Politik und Parteien. Der Präsident der Bürgerschaft, Dr. Lutz Mohaupt, wies gleich zu Beginn in seiner Begrüßungsrede nochmals explizit auf dieses Dilemma hin: »Ich bin sehr bewegt, dass das Interesse von jungen Menschen an Politik gestiegen ist. Auf der anderen Seite steht aber die Aussage, dass die Skepsis oder auch die Kritik oder geradezu die Abwehr gegenüber dem, was man das Politische nennt, ebenfalls gestiegen ist. Ich finde es deshalb wichtig, dass wir alles daran setzen, um eine Annäherung zu ermöglichen.«

Das Hamburger Landesparlament verstärkt schon seit Längerem seine Bemühungen, den Themenbereich Politik jungen Menschen zu vermitteln – lange bevor sie sich im Wahlalter befinden. So hat die Bürgerschaft mit dem Kindersachbuch »Pixi Wissen – Politik und Demokratie« sowie dem erzählerisch konzipierten Pixi-Bilderbuch »Ich hab' eine Freundin, die ist Abgeordnete« neue Wege der Parla-

ments-PR beschritten. Dies gilt in gleichem Maße für die Produktion von drei Folgen einer Kinderhörspielreihe unter dem Titel »Die Alster-Detektive«. Die Erfolge der genannten Publikationen bei der Zielgruppe zwischen fünf und 13 Jahren sind so erfreulich, dass 2011 zwei weitere Hörspiele veröffentlicht werden. Dieses Engagement des Hamburger Landesparlaments zeigt den Willen der Abgeordneten zum mutigen Experimentieren mit verschiedensten Vermittlungsformaten. Es werden somit stets neue Ansatzpunkte gesucht, um sich für neue Ideen altersgerechter Zugänge zur jugendlichen Zielgruppe inspirieren zu lassen – und so Angebote wie das Planspiel »Jugend im Parlament«, das Eventformat »Nacht der Jugend« oder die Onlinekommunikation über Facebook zukünftig sinnvoll ergänzen zu können.

Unter dem Titel »Ich engagier' mich doch – aber anders!« sollte also am 25. November im Rathaus zwischen Gästen und Politikern ein Austausch anhand konkreter, lokaler Erfahrungen und Gegebenheiten in Sachen gesellschaftlichem Engagement entstehen, der Wünsche, Erwartungen, Interessen, Zugänge und Hinder-



Im Diskurs über Jugendfragen: Stephan Müller (CDU), Matthias Iken (Hamburger Abendblatt), Christiane Blömeke (GAL), Carola Veit (SPD) und Mehmet Yıldız (DIE LINKE)

nisse benennt. Der Einladung folgten rund 170 Hamburger/innen.

Ein Aspekt der Diskussion mit den jugendpolitischen Sprechern der Bürgerschaftsfraktionen war die Frage, wie breit gesellschaftliches Engagements zu fassen und wie es zu bewerten ist. Vom Podium aus berichteten sie von den persönlich sehr unterschiedlichen, erst allmählichen Annäherungen an die Politik – unter anderem über die Funktion des Schulsprechers, über das Engagement im Haus der Jugend vor Ort oder gewerkschaftliche und ökologische Projektarbeit. Parteiarbeit wurde von den Abgeordneten auch mit Blick auf derartige Lebensläufe nur als eine mögliche Variante benannt, sich aktiv ins politische Leben einzubringen. Die Parlamentarier betonten zudem, dass in ihrer Wahrnehmung Aktionsformen wie Demonstrationen durchaus Konsequenzen hätten und deshalb nicht gering geschätzt werden sollten. Sie mahnten weiterhin die Beachtung auch kleiner und kleinster Projekte von Bürgern und Vereinen an, die für die Stärkung des Sozialraums eine wichtige Rolle spielten. Hier bestand zwischen Politikern und Gästen Einvernehmen.

Im weiteren Verlauf der Podiumsdiskussion wurde dann die Sorge der Jugendlichen diskutiert, bei einer möglichen Mitarbeit in Parteien durch den Zwang zu Kompromissen Ideale ver-

leugnen zu müssen. Die Politiker berichteten in diesem Zusammenhang über persönliche Erfahrungen bei innerparteilichen Diskussionen und Meinungsbildungsprozessen, die sie als durchaus produktiv erinnerten. Gemeinsam betonten sie die Notwendigkeit, eine mehrheitlich abgestimmte Linie letztlich immer mittragen zu müssen, um unter anderem für den Wähler eine belastbare Parteiposition vorweisen zu können. Sie wehrten sich gegen den weit verbreiteten Eindruck, dass sich parteipolitische Arbeit im Verlust von persönlichen Vorstellungen erschöpfe. Ihnen war wichtig darauf hinzuweisen, dass Parteiarbeit auch ein sehr motivierendes Wir-Gefühl vermitteln könne. Schon am Anfang der Veranstaltung hatte Parlamentspräsident Dr. Lutz Mohaupt bei den Gästen mit einer ähnlichen Zielrichtung um Empathie geworben: »Politik ist aus der Innensicht heraus nicht so schlecht, wie sie manchmal da steht, gemacht wird oder sich selber macht. Es wird in einem – zu 90 Prozent – redlichen, ordentlichen Ringen für unser Gemeinwesen gestritten und gerungen. Das ist schwierig, denn an den Abgeordneten zerren unendlich viele Kräfte. Und der Ausgleich von Interessen, das heißt Abstriche machen, das sieht man dann nicht so gern.«

Eben diese unterschiedlichen Wahrnehmungen des politischen Betriebs und seiner Entschei-

dungen wurden in der Publikumsdiskussion klar benannt. Die Eingeladenen nutzten die Gelegenheit zur offenen Aussprache. So äußerten die beteiligten Jugendlichen, dass ihnen bei Politikern zum Beispiel das gelegentliche Einräumen von Schwächen fehlen würde und sie mahnten an, sich oft nicht gehört und ausreichend ernst genommen zu fühlen. Differenziertes Argumentieren politischer Akteure empfinden sie oft als Ausflucht. Diese und weitere Reaktionen des Publikums unterstrichen eindrucksvoll die Befunde der Shellstudie. Dass davon niemand unbeeindruckt blieb, zeigte sich vor allem beim anschließenden Ausklang in den vielen kleinen, ständig in der Zusammensetzung wechselnden Gesprächsgruppen mit den Abgeordneten. Es wurde einander noch gut zwei Stunden zugehört und argumentiert.

Der Abend war damit ein guter Ausgangspunkt zum intensiven Nachdenken über die für unsere Gesellschaft wichtige, aber überaus schwierige Kommunikation zwischen Jugend und Politik. Die Hamburgische Bürgerschaft ist froh, mit der Veranstaltung, die die Ergebnisse der Shell Jugendstudie so eindrucksvoll erlebbar gemacht hat, einen Schritt in diese Richtung gemacht zu haben. Nun sind alle Beteiligten gefragt, weitere Schritte zu gehen.

## Engagement versus Politik?

Vier Jugendliche aus Hamburger Jugendverbänden sprechen über ihr Engagement – und ebenso über die Veranstaltung der Bürgerschaftskanzlei zur Shell Jugendstudie

Von Philipp Günzel, Hamburg, und Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

Anstatt mit Jugendlichen würde über die Jugend gesprochen. Zudem zeigten sich die jugendpolitischen Sprechern der Bürgerschaftsparteien inhaltlich schlecht informiert. Hatte jemand der Diskutanten die immerhin 410-seitige Studie überhaupt gelesen? Einhellig ist daher die Enttäuschung bei Astrid, Jana, Johann und Naoné über die Veranstaltung zur Shell Jugendstudie (s. S. 8). In gemeinsamer Runde werten die Jugendverbandler/innen die Debatte aus, hinterfragen die These von der »pragmatischen Jugend« und loten ihre Position zwischen Engagement und Politik aus. punktum hat zugehört.

Das Thema des Abends war gut gewählt: »Ich engagier' mich doch – aber anders!« Die 16. Shell Jugendstudie konstatiert bei Jugendlichen ein wachsendes Interesse an Politik, ein hohes Maß an Engagement in ihrer Lebenswelt – aber eine fortgesetzt deutliche Distanz zur Parteipolitik. Dieses Auseinanderdriften von bürgerschaftlichem und parteipolitischem Engagement hätte einen guten Ausgangspunkt für eine spannende Diskussion geliefert. Doch weder der Impulsreferent Thomas Gensicke, Mitautor der Shell Jugendstudie, noch der Moderator Matthias Iken, stellvertretender Chefredakteur des Hamburger Abendblattes, vermochten es, die Debatte mit den jugendpolitischen Sprecher/innen der Bürgerschaftsfraktionen auf die grundlegenden Fakten und Erkenntnisse der Jugendstudie zuzuspitzen. Stattdessen kreisten die Beiträge zunächst selbstbezüglich um die Innen- und Außenwahrnehmung des politischen Systems und ihrer Akteure, dann allgemein über Jugendpolitik und schließlich darüber, wie mehr oder weniger (un-)politisch junge Menschen seien. Der Abend drohte in Belanglosigkeiten zu versiegen, bis ein Jugendlicher aus dem Publikum aufstand und so entrüstet wie zornig kundtat, wie sehr die Podiumsrunde über die Köpfe junger Menschen hinweg redete und unfähig sei, in eine Auseinandersetzung mit ihnen einzutreten.

**Reaktionen.** »Mir ging es genauso wie diesem Jugendlichen«, bekundet Jana Matzke (18, Freiwilliges Ökologisches Jahr bei der BUND-



Wie hältst Du es mit der Politik? Johann, Naoné, Jana und Astrid loten Grenzen und Übergänge aus.

jugend) bei der Nachbesprechung. »Die Politiker/innen saßen oben auf dem Podium und machten ihr übliches Ding.« Auf die fundamentale Kritik des jungen Schülers reagierten sie mit Unverständnis. Anstatt die Kritik ernst zu nehmen und darauf einzugehen, sei ihm lediglich eine »Anti-Haltung« unterstellt und ein stereotypisches Jugendbild wiederholt worden. Auch Johanna »Naoné« Griffel (20, Pfadfinder- und Pfadfinderinnenbund Nord) und Johann Meis (16, Pfadfinder & Pfadfinderinnenbund Nordlicht) sind von der Diskussion enttäuscht. Sie hatten das Gefühl auf einer »Wahlkampfveranstaltung« zu sein, bei der es nur darum ginge, die eigene Partei als die beste und die anderen als schlecht darzustellen. Daher entwickelte sich auch kein kritischer Dialog, stimmt Astrid Haas (30, Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt) zu. Der Befund der Wissenschaftler, dass junge Menschen durchaus politisch interessiert seien, sich jedoch nicht in Parteien sondern lieber anders engagieren, wurde nur oberflächlich gestreift. »Es ging ihnen mehr um die Frage, wie man Politik besser vermitteln könne«, kritisiert Naoné. »Dass das Problem jedoch ein strukturelles ist, wurde nicht erkannt.« So sei bei der Veranstaltung im

Rathaus die Chance vertan worden, einmal gemeinsam mit jungen Menschen die Frage auszuloten, warum sie einen Bogen um Parteipolitik machen.

**Bruchstellen.** Wo es hakt, weiß Naoné aus eigener Erfahrung zu berichten: »Da mein Engagement als Pfadfinderin ehrenamtlich ist, erhält man einerseits von Politiker/innen viel Zuspruch. Zur weiteren Unterstützung reicht es andererseits meist nicht. Jugendliche sind für Politiker/innen einfach nicht interessant genug. Sie dürfen erst ab 18 Jahren wählen und stellen – demographisch gesehen – kein großes Wählerpotential dar.«

Auf Johann wirkt zudem die Parteilaisson, der sich Abgeordnete immer wieder unterordnen, befremdlich. »Wenn zum Beispiel der jugendpolitische Sprecher der CDU in der Diskussion sagt, dass er persönlich gegen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke sei, seine Partei jedoch dafür und er sich am Ende der Mehrheit beugen muss, dann schreckt mich das einfach ab.«

Ist deshalb das Mitwirken in einer Partei so schwer vorstellbar? Naoné stimmt zu: »Ich habe das Gefühl, ich bin viel authentischer und

wahrhaftiger, wenn ich mich nicht parteipolitisch engagiere. Man hat immer dieses Bild vor Augen, dass alle Parteimitglieder hinter allen Beschlüssen stehen müssen ...»

Die großen politischen Versprechungen sind ein weiteres Reizthema. Stichwort Atomausstieg. Die rot-grüne Bundesregierung nannte den Einstieg in den Ausstieg einst »unumkehrbar«. Doch gilt das noch nach der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke durch die schwarz-gelbe Bundesregierung? Solche Versprechungen sind »unglaublich und unecht«, findet Jana, die in ihrer Heimat, dem Wendland, eine bezeichnende Beobachtung machte. »Während der rot-grünen Bundesregierung haben SPD und Grüne nicht gegen die Castortransporte demonstriert. Jetzt in den Zeiten von Schwarz-Gelb sind sie wieder dabei.«

**Was tun?** Als unpolitisch sehen sich die vier jungen Menschen trotz eingestandener »Parteienverdrossenheit« nicht. Im Gegenteil. Astrid sieht Chancen zur politischen Einflusnahme in der Selbstorganisation. Es gehe dabei auch um eine Gegenöffentlichkeit, um eigene Interessen zu artikulieren. Ähnlich sieht das Jana in ihrem Engagement als konsumkritische Stadtführerin bei der BUNDjugend. Sie leiste Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, um eine Bewusstseinsveränderung anzuschleiben. Das Ziel der konsumkritischen Stadtführungen sei es, die eigene Rolle als Konsument kritisch zu hinterfragen und dabei zu erkennen, welchen Einfluss wir auf globale Prozesse und nachhaltige Entwicklung durch gezielte Kaufentscheidungen nehmen könnten. Selbstorganisation im Gegensatz zur bloßen Konsumhaltung ist ebenso das Stichwort, mit denen die anderen ihr Engagement umreißen. Die gewählten Wege sind vielfältig. Sei es die Teilnahme an Seminaren zu politischen Themen, das Planen und Durchführen von Gruppenaktionen oder die Leitung der eigenen Pfadfindergruppe – zentral sei bei diesen Aktivitäten das zu fördern, wovon eine demokratische Gesellschaft lebt: den mündigen Bürger. All das

geschehe unspektakulär und im Kleinen. Astrid findet es bezeichnend, dass dieser grundlegenden Punkt, der weit unterhalb der Parteipolitik ansetzt, in der Diskussionsveranstaltung kaum zur Sprache gekommen sei. Denn hier verlaufe die Bruchstelle zwischen dem politischen System und der Lebenswelt engagierter junger Menschen. Denn wenn der Jugend fehlendes politisches Engagement attestiert wird, werde lediglich auf die rückläufigen Mitgliederzahlen bei den Jugendorganisationen der Parteien geschaut ...

**Pragmatisch, oder?** Jugendforscher fokussieren ihren Befund über die jeweilige Jugend gern in einem anschaulichen Etikett. So galt die Nachkriegsjugend als »skeptisch«, die Jugend der 60er und 70er Jahre als »politisch«. In den 80ern reüssierte schließlich eine »hedonistische«, die nunmehr von einer »pragmatischen« Jugend abgelöst worden sei. Laut der Shell Jugendstudie sei dafür eine optimistische und leistungsorientierte Grundhaltung und ein ausgeprägter Sinn für soziale Beziehungen unter jungen Menschen verantwortlich.

Johann, der jüngste in der Runde, kann mit dem Begriff Pragmatismus nicht viel anfangen. Sein Engagement als Jugendgruppenleiter bei den Pfadfindern beschreibt er eher schwärmerisch: »Es ist einfach ein wunderbares Gefühl etwas mit Gleichgesinnten in einer Gemeinschaft zu machen; das kann man sich gar nicht vorstellen, wenn man es nicht selbst erlebt hat.«

Naoné benennt ein ganzes Bündel an Motiven für ihr Engagement: »Mir macht es einfach Spaß, meine eigene Pfadfindergruppe zu leiten, dabei kritisch und reflektiert mit der Welt umzugehen und andere Menschen aufzuklären. Ich möchte Jüngeren andere Aspekte des Lebens vermitteln. Denn Jugend sollte mehr sein als nur zukünftige Arbeitskraft. Nächstes Jahr werde ich fünf Jahre meine eigene Gruppe haben. Das macht mich schon ein wenig stolz, und ich kann sagen: Das habe ich geschafft.« Und hat dieses eine pragmatische Dimension? »Im

Ehrenamt gilt das Prinzip Geben und Nehmen«, antwortet Naoné, »und bei den Pfadfindern/innen das Prinzip »Jugend bildet Jugend«. Daher ist mir Pragmatismus ein zu weiter Begriff. Denn im Grunde kann man alles pragmatisch nennen, weil man es auch für sich macht.« Entscheidend bei der Engagementfrage sei vielmehr, »dass man es ohne äußeren Druck macht.«

Dem stimmt Jana zu: »Mein Freiwilliges Ökologisches Jahr sehe ich als volle Arbeitszeit für wenig Geld. Ich mache es aber, weil es mir Spaß bringt, und ich das Gefühl habe, etwas Sinnvolles zu tun. Ich kenne aber auch genug Jugendliche, die auf schnellstem Wege Karriere machen wollen.« Und da einige – ganz pragmatisch – dabei ein soziales Engagement als Karriere fördernd ansehen, gäbe es auch Ehrenamtliche, die »jedoch keine Leidenschaft dafür entwickeln«. Astrid gibt sich in dieser Frage entspannt: »Es ist völlig okay, wenn man sich bei der ehrenamtlichen Tätigkeit fragt, was das für einen selbst bringt.« Die Motivation »könne dann sowohl pragmatisch als auch idealistisch« begründet sein. Alle vier betonen das durchs Engagement entstehende Gemeinschaftsgefühl in ihren Gruppen. »Wie eine andere Welt«, so Jana, stehe diese konträr zur Zwangsinstitution Schule, in der sich Schüler gegenseitig als Konkurrenten wahrnehmen und dementsprechend verhalten.

**Eine optimistische Jugend, oder?** »Viel zu pauschal« finden die Diskutanten den Befund der Shell Jugendstudie. Naoné zeichnet für sich ein differenziertes Bild: »Ich blicke recht zuversichtlich in die Zukunft. In meinem Freundeskreis gibt es schon den einen oder anderen »Pessimisten«. Wir diskutieren dann darüber, ob es verantwortlich ist, ein Kind in die Welt zu setzen, oder über den Kapitalismus, der dafür verantwortlich ist, dass es Armut auf der Welt gibt. Generell ist Armut eines der größten Probleme auf der Welt. Da werde ich dann schon nachdenklich und frage mich: Wie es wohl weiter geht?«

Anzeige

Seit über 20 Jahren  
**Partner des LR Hamburg**

**Wir versichern alle(s)**

Maßnahmen - Veranstaltungen - Einrichtungen

ABTEILUNG BEREICHE JUGEND, BILDUNG, KULTUR UND FREIZEIT

Mühlweg 2b · D-82064 Sauerlach · Telefon +49 (0) 8104 / 89 16-0 · Telefax +49 (0) 8104 / 89 17-36 · jugend@bernhard-assekuranz.com · www.bernhard-assekuranz.com



## Für die Praxis empfohlen

### Eine wertende Zusammenfassung jugendpolitischer Perspektiven in der Shell Jugendstudie

Von Carlo Klett, LJR-Geschäftsführer

**Die vorliegende 16. Shell Jugendstudie hat wie ihre vorhergehenden fünfzehn Ausgaben den Anspruch, »jenseits engerer mit Jugendlichen befasster wissenschaftlicher und professioneller Kontexte breit in den öffentlichen Raum hineinzuwirken« (359)\*. Dies gelingt den Autoren insbesondere mit jenen Teilen der Studie, die sich mit »einer umfassenden Bestandsaufnahme von Einstellungen und Lebenslagen Jugendlicher« (359) beschäftigen. Ein vergleichsweise wenig beachtetes Kapitel setzt sich mit »Optionen für Politik, Wirtschaft und Pädagogik« auseinander. Zu Recht?**

Es dauert lange, bis man zu den Empfehlungen der Autorengruppe vorstößt, die aus Mathias Albert, Klaus Hurrelmann und Gudrun Quenzel besteht. Der Zugang ist etwas (zu) sperrig geraten. Er beginnt mit dem, was man schon weiß, nämlich der Wiederholung des Befundes: Gut ein Fünftel der Befragten fühlt sich nicht nur abgehängt von der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern ist es auch, Mädchen bzw. junge Frauen bewältigen die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels besser als Jungs, trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise sieht die überwiegende Mehrheit der 12- bis 25-Jährigen ihre Zukunft optimistisch.

Der Wiederholung des Befundes schließt sich ein Kapitel an, von dem man nicht so richtig weiß, was man davon halten soll. Gleichzeitig werden die Thesen »Jugendpolitik wird oftmals gleichgesetzt mit Jugendhilfepolitik« (348) und »Jugendhilfepolitik ist von ihrem Profil darauf angelegt, sich gezielt auf die benachteiligten Jugendlichen zu richten« (348) vertreten. Offen bleibt also, ob Jugendpolitik per Definition Jugendhilfepolitik ist, oder ob Jugendpolitik über die Jahre hinweg zu einer Jugendhilfepolitik entwickelt wurde – und wenn ja: von wem und warum?

Völlig zu Recht weisen die Autoren auf die Rolle der Medien hin. Diese konzentrieren sich bei ihrer Berichterstattung auf das untere Fünftel und »rücken die Themen Gewalt und Kriminalität ebenso in den Vordergrund wie Schulversagen und Schulschwänzen, Verwahrlosung und Mobbing in den Schulen, Gewaltausbrüche und Amokläufe, extensive Mediennutzung, Alkoholexzesse und Drogenkonsum« (348). Dadurch würden »die Verhaltensprobleme einer kleinen

Minderheit von Jugendlichen« (348) als prototypisch für die gesamte Altersgruppe erscheinen, was »stark verzerrt bis eindeutig falsch« (347) sei. Doch die Medien würden nicht nur die »Abgehängten« in den Blick nehmen, sondern auch die Politik bzw. die Politiker, die sich darum kümmern, also die Jugendhilfepolitiker. Von ihnen würden Lösungen für das eingefordert, was sie selber in den Vordergrund gestellt hätten. »So kreist die Debatte häufig um stärkere Strafen für jugendliche Gewalttäter, ein Verbot von Killerspielen für Minderjährige, eine Einschränkung des Zugangs zu sexuellen und pornographischen Darstellungen, die Begrenzung der Verkaufszeiten für Alkohol und viele andere öffentlichkeitswirksame Einzelmaßnahmen.« (348)

Man wird etwas ungeduldig, denn man fragt sich, warum sollen sich Politiker dem Druck der Medien widersetzen und Jugendpolitik statt Jugendhilfepolitik machen, wenn nur ein Fünftel dieser Gruppe Probleme haben bzw. machen?

Hier bringen die Autoren ihren zentralen Befund als Argument – die gesamte Altersgruppe ist unter Druck. »Die Jugendlichen brauchen heute vor allem zwei Dinge. Sie wünschen sich mehr Sicherheit, dass ihre schulischen und beruflichen Leistungen entsprechend honoriert werden, und eine mehr leistungsunabhängige Wertschätzung.« (353) »Viele Jugendliche haben das Gefühl, dass gute Schulleistungen und zahlreiche Praktika zwar gut, aber nie wirklich gut genug sind.« (354)

Nun endlich folgt die »Reihe an Denkanstößen« (343), die die zentrale Forderung der Autoren nach einer »umfassenden Jugendpolitik« (348) untermauern und die mehr sind als eine Verknüpfung von Jugendhilfepolitik mit benachbarten Politikfeldern, etwa der Schulpolitik.

Unter der Überschrift »Jugendpolitik als Lebensplanungshilfe« regen die Autoren an, Jugendlichen nach Schulabschluss eine einjährige Auszeit zu gewähren, während der sie »in Internatsschulen« und »fern von Leistungsdruck ihren Interessen nachgehen können« (354). Diese Maßnahme sei in Skandinavien stark verbreitet. Wieder mit Blick auf Skandinavien schlagen die Autoren vor, »über die Möglichkeit einer finanziellen Grundsicherung für alle Angehörigen der jungen Generation nachzudenken« (355). Als eine Option verbesserter beruflicher Einstiegshilfen sehen die

Autoren »die Einführung eines neuen, gemeinwohlorientierten Dienstes« (355). Doch nicht nur Skandinavien ist ein Ideengeber für die Autoren, sondern auch das Internet bzw. YouTube, MySpace, Facebook. Würde den jungen Menschen »ähnliche Gestaltungsmöglichkeiten bei Radio, Fernsehen und Konsolenspielen eingeräumt, könnte das ähnliche kreative Potentiale freisetzen« (357).

Sehr deutlich plädieren die Autoren für eine »Erweiterung des politischen Teilnahmeangebotes für jugendliche aller Altersgruppen zwischen 12 und 25 Jahren« (356), inklusive einer Absenkung des Wahlalters. »Eine allgemeine Absenkung des Mindestwahlalters wäre ein gesellschaftliches Signal, dass die jungen Menschen zur Wählerschaft und damit zur mitbestimmenden aktiven Population einer demokratischen Gesellschaft gezählt werden.« (356)

Als jugend(hilfe)politisch Interessierter hätte ich mir insbesondere bei dieser Frage mehr Ernsthaftigkeit gewünscht. Mit keiner Silbe wird auf den Widerspruch eingegangen, dass im Berichtsteil der Studie die ablehnende Haltung der Jugendlichen dokumentiert ist (144), die Autorengruppe aber die Absenkung des Wahlalters anregt – und dies alles unter der Überschrift »Jugendliche selbst an der Gestaltung der Jugendpolitik beteiligen«.

Unwiderrprochen kann hingegen die Feststellung bleiben, »die institutionelle Verankerung von Jugendfragen ist über verschiedene Ressorts verteilt« (348), und man kann nur zustimmen, wenn die Autoren anregen »zu überprüfen, wie verschiedene Politikbereiche enger aufeinander abgestimmt werden könnten« (354). »Ein Modell könnten hierbei etwa die Niederlande sein, in denen der Jugend- und Familienminister für eine Art »virtuelles Jugendministerium« zuständig ist und darin hauptverantwortlich die jugendspezifischen Aktivitäten von weiteren vier Fachministern koordiniert.« (354) Ein interessanter Gedanke und man würde gerne mehr darüber erfahren, um sich diesen Gedanken zu Eigen machen zu können.

\* Seitenzahlangebe zu: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), Jugend 2010, Eine pragmatische Jugend behauptet sich, 16. Shell Jugendstudie, Frankfurt am Main 2010

# 5 mal 6 Fragen zur Bürgerschaftswahl

## Jugendpolitische Wahlprüfsteine



**Christiane Blömeke**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GAL** | \* 1960  
freiberufliche Referentin für Umweltbildung  
seit 2004 Mitglied der Hamburgischen  
Bürgerschaft



**Stephan Müller**

**CDU** | \* 1964 | Kaufmännischer Angestellter  
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft 2001  
bis 2004 und seit Mai 2008



**Olaf Schwede**

**DGB-Jugend Hamburg, SPD** | \* 1980  
Bildungsreferent

Wen am 20. Februar in die Hamburgische Bürgerschaft wählen? Welche Programmatik, welche Partei? Jugendpolitik wird im Wahlkampf der Parteien nur eine untergeordnete Rolle spielen. Punktum hat daher sechs Fragen an die vier jugendpolitischen Sprecher der aktuellen Bürgerschaftsfraktionen und einen Vertreter aus den Reihen der Hamburger Jugendverbände, der auf der SPD-Landesliste kandidiert, gerichtet.



**Carola Veit**

**SPD** | \* 1973 | Rechtsreferendarin | seit 2004  
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft



**Mehmet Yildiz**

**DIE LINKE** | \* 1977 | Kommissionierer  
seit 2008 Mitglied der Hamburgischen  
Bürgerschaft

---

### 1) Was wurde gut für junge Menschen in den letzten Jahren schwarz-grüner Politik?

---

**Christiane Blömeke:**

Unter der grünen Schulsenatorin Christa Goetsch ist es uns gelungen, einen großen Schritt in Richtung mehr Bildungsgerechtigkeit zu gehen, die allen Jugendlichen – insbesondere aber denen, die aus bildungsfernen Elternhäusern kommen – zugute kommt. Der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und sozialer Herkunft war und ist besorgniserregend. Zu viele Jugendliche schaffen keinen Schulabschluss, obwohl Bildung der Schlüssel für die gesellschaftliche Teilhabe ist. Unter schwarz-grün ist es gelungen, die Hauptschule als

»Restschule« abzuschaffen und stattdessen die neue Stadtteilschule als attraktives Angebot für alle – auch bis zum Abitur – einzurichten. Die Klassen sind kleiner geworden, und es wurden mehr Lehrer/innen eingestellt. So hat jeder Jugendliche, jedes Kind die Chance persönlich besser gefördert zu werden.

Außerdem haben wir im Schulgesetz verankert, dass auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung ein Recht haben, gemeinsam mit allen zu lernen. Jedes Kind und jeder Jugendliche gehört dazu. Es gibt keine Ausgrenzung behinderter Kinder und Jugendlicher mehr in der Schule. Und im Freizeitbereich der Jugendlichen haben wir als Grüne dafür gesorgt, dass in Steilshoop eine Mehrzweckhalle zum Skaten, Klettern und vielem mehr gebaut wird. Außerdem haben wir die Straßensozialarbeit aufge-

stockt, die aus unserer Sicht sehr wichtig ist, um niedrigschwellig in der Szene eventuelle Konflikte direkt vor Ort zu lösen. Für die Jugendlichen sind die Straßensozialarbeiter oft vertrauensvolle Ansprechpartner.

**Stephan Müller:**

Hamburg ist gerade für junge Menschen eine attraktive Stadt. Das belegen verschiedenste Umfragen.

In den letzten Jahren haben wir für die junge Generation Einiges bewegt. Beispielsweise haben wir die von der CDU entwickelte neue Schulstruktur mit Stadtteilschulen und Gymnasien umgesetzt. Jetzt führen zwei Wege zum Abitur. Gemeinsam mit den Kammern und Verbänden haben wir dafür gesorgt, dass es in Hamburg mehr Ausbildungsplätze als Auszubil-

dende gibt. Unsere Bildungsinitiative umfasst die Berufs- und Studienorientierung sowie die Vernetzung von Wirtschaft und Schulen. Wir haben neue Sporthallen gebaut und zahlreiche Sportanlagen saniert. So ist uns die Rettung und Sanierung aller acht Lehrschwimmbekken gelungen. Wir haben das Programm »Kids in die Klubs«, welches den Vereinseintritt von Kindern und Jugendlichen in die Sportvereine fördert, finanziell aufgestockt. Wir haben ein umfassendes Handlungskonzept gegen Jugendgewalt beschlossen, umgesetzt und weiterentwickelt. Auch haben wir die Hilfen zur Erziehung ausgebaut, intensiviert, weiterentwickelt und teilweise umgestaltet.

**Olaf Schwede:**

Es sind viele gute Ideen angeschoben worden. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Schulpolitik. An der Auseinandersetzung um den Volksentscheid haben sich insbesondere auch viele junge Menschen beteiligt. Als junger Gewerkschafter denke ich natürlich auch an die erhöhte Durchlässigkeit von der Ausbildung in das Studium und die Einführung der Mitbestimmung von betrieblichen Jugendvertretungen an Berufsschulen. Aber auch die Rechte der Schülervertretungen an allgemeinbildenden Schulen wurden gestärkt. Und ich gebe es zu: Ich bin ein Fan der roten Stadträder.

**Carola Veit:**

Ich hoffe, dass sich für viele junge Menschen vieles gut entwickelt hat in den letzten Jahren – aber sicher nicht aufgrund schwarz-grüner Politik. Gut ist, dass es jetzt kleinere Klassen gibt und das Büchergeld wieder abgeschafft wurde. Diese von der SPD durchgesetzten Verbesserungen gelten trotz des Scheiterns der Schulreform.

**Mehmet Yildiz:**

Leider gibt es nicht viel Positives, was schwarz-grüne Jugendpolitik angeht. Der Senat hat nicht gerade viel zur Verbesserung der Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beigetragen. Auch unter Schwarz-Grün ging die soziale Spaltung auch auf Kosten der Kinder und Jugendliche weiter.

---

**2) Und was lief schlecht?**

---

**Christiane Blömeke:**

In Zeiten knapper Finanzmittel ist es nicht gelungen das Angebot für Jugendliche noch weiter auszubauen. Bei dem Einsparvolumen von rund 510 Mio. Euro ging und geht es eher darum, die bestehenden Angebote für Jugend-

liche zu erhalten. Das wird uns auch in der Zukunft begleiten – egal, welche Parteien auch immer Hamburg regieren.

**Stephan Müller:**

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung hatte der Senat, auf Vorschlag der GAL, beschlossen, die mit dem Familienpass verbundene Ermäßigung auf HVV-Karten auslaufen zu lassen. Da der Familienpass im Zuge dieser Maßnahme einen Großteil seiner Attraktivität verloren hat, wurde er gestrichen.

Wir fordern nun die Einführung einer Hamburger Kinder- und Jugendkarte für alle Familien, auf der verschiedene Angebote zusammengeführt werden. Diese Karte soll auch die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets für alle Empfänger von Leistungen nach dem SGB II/XII enthalten. Hamburg will dazu als Modellregion Vorreiter in Deutschland sein.

**Olaf Schwede:**

In ein paar Bereichen kann man dem Senat vorwerfen, die Probleme nicht gezielt angegangen zu sein. So hätte man bei allen schulpolitischen Diskussionen mehr Wert auf eine Stärkung der neuen Stadtteilschule legen müssen. Auch dem durch die Wirtschaftskrise entstandenen Rückgang an Ausbildungsplätzen stand der Senat relativ hilflos gegenüber.

Insbesondere hat der Senat aber die soziale Lage junger Menschen nicht ausreichend in seiner Politik berücksichtigt. Dies wird beispielsweise bei der Erhöhung von Kita-Gebühren oder bei der Beibehaltung der Studiengebühren deutlich. Ohne die Verhandlungen mit der SPD über die Schulreform wäre aber auch das Büchergeld an den Schulen nicht abgeschafft worden. Auch der stark rückläufige Wohnungsbau trifft vor allem junge Menschen mit geringen Einkommen wie Studierende, Auszubildende und Berufsanfänger.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist insbesondere zu kritisieren, dass der Senat nicht auf eine ausgewogene Beteiligung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen geachtet hat. Noch zu oft standen die Arbeitnehmer vor der Tür. Das gilt auch für die Schülervertretungen der beruflichen Schulen. Diese haben nach wie vor nur sehr eingeschränkte Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten.

**Carola Veit:**

Schlecht ist, dass die Studiengebühren in Hamburg beibehalten wurden. Der Zugang zu Bildung darf keine Frage des Geldbeutels oder der Herkunft sein. Das gilt übrigens vom Kindergarten bis zum Studium, und deshalb sind auch die noch höheren Kita-Gebühren, die Schwarz-Grün eingeführt haben, falsch. Schlecht ist zum Beispiel auch, dass Schwarz-

Grün beschlossen hat, dass Kinder künftig nicht mehr bis 14 Jahre, sondern nur noch bis 12 in den Hort dürfen. Schlecht ist außerdem, dass zahlreiche Versprechungen aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag nicht eingehalten wurden – zum Beispiel die Stärkung von Jugendpartizipation.

Schließlich ist auch die miese Haushaltslage der Stadt zu nennen, die auch durch unmäßiges Geldausgeben (z. B. für Wasserköpfe in der Verwaltung und Großprojekte wie die U 4 oder die Elbphilharmonie) zustande gekommen ist. Schuldenmachen auf Kosten künftiger Generationen ist schlecht – ganz besonders, wenn es ihnen nicht direkt zugutekommt, zum Beispiel für eine bessere Ausbildung.

**Mehmet Yildiz:**

Der Bereich der Kinder- und Jugendpolitik litt und leidet weiterhin unter dem harten Spardiktat des schwarz-grünen Senates. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde insbesondere im Bereich der frühkindlichen Bildung gekürzt, die Kita-Gebühren und Essensgeldpauschalen wurden massiv erhöht, auch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie in den Elternschulen wurden Mittel gestrichen. Der gescheiterte schwarz-grüne Senat hatte geplant, im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit weitere zwei Millionen Euro zu kürzen. Im Bereich der Hilfen zur Erziehung war der Senat bei der Haushaltsplanung völlig orientierungslos und musste trotz besseren Wissens einen Nachtragshaushalt verabschieden, obwohl der erhöhte Bedarf absehbar war.

Die Folgen sind u.a., dass Mitarbeiter/innen der jugendspezifischen Einrichtungen erheblichen Belastungen ausgesetzt sind sowie Bücherhallen und Clubs früher geschlossen werden müssen. Man kann sagen, dass Kinder- und Jugendpolitik das Stiefkind des schwarz-grünen Senates war.

---

**3) Die Partizipation junger Menschen soll in Hamburg vielfältig ausgebaut werden. Es gibt Ansätze auf bezirklicher Ebene. Auf der Landesebene hakt es. Welche Perspektiven gibt es nach der Wahl? Was sollte realisiert werden?**

---

**Christiane Blömeke:**

Die Grünen in Hamburg unterstützen die Linie von Bündnis 90/ die Grünen im Bundestag. Wir wollen Kinder und Jugendliche früher und mehr beteiligen. Gute Kinder- und Jugendbeteiligung fördert Solidarität, Integration und Zugehörigkeit. Sie vermittelt jungen Menschen Bildung, Kompetenzen und Werte. Nach der Wahl setzen

wir uns erneut dafür ein, dass das Wahlrecht für Jugendliche auf 16 Jahre gesenkt wird. In der Koalition mit der CDU ließ sich dieser Punkt nicht durchsetzen, da die CDU sich gegen eine Absenkung des Wahlalters ausgesprochen hat. Wir wollen die Jugendlichen aber auch stärker und verbindlicher an der Gestaltung und Erneuerung ihrer Wohnumfelder einbinden und daher die Jugendpartizipation in den Bezirken stärker und verbindlicher durchsetzen. Das Zeitalter der neuen Medien macht es erforderlich auch im Netz mehr Beteiligung einzurichten. Die sogenannte »E-Demokratie« soll dazu beitragen, dass Beteiligungsangebote in den neuen Medien gefördert werden. Wir wollen nach der Wahl auch hier in Hamburg zielführende Konzepte entwickeln, die das Potenzial der Medien in dieser Hinsicht stärken.

#### **Stephan Müller:**

Wer politisches Engagement will, muss frühzeitig Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche schaffen. Auf Bezirksebene ergeben sich naturgemäß bessere Beteiligungsmöglichkeiten. Aber auch auf Landesebene wollen wir die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen stärken und ihnen neben Projekten wie »Jugend im Parlament« weitere Chancen geben, ihre Ideen einzubringen. Dazu gehört auch die Förderung der Freiwilligendienste. Auf Landesebene unterstützen wir u.a. die Einführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres »Politik«, welche die Partizipation Junger Menschen ebenfalls unterstützen kann (siehe auch Antwort auf Frage 4).

#### **Olaf Schwede:**

Ich wünsche mir einen strukturierten politischen Dialog mit den bezirklichen und den auf Landesebene organisierten Jugendverbänden als Interessenvertretung junger Menschen. Hier ist mehr Anerkennung als demokratisch legitimierte Interessenvertretung notwendig. Insgesamt sollte weniger auf politische Planspiele und zufällige Beteiligungsformen gesetzt werden sondern mehr auf die von den Jugendlichen demokratisch legitimierten Verbände und Organisationen. Hierzu zähle ich auch die Kreisschülerräte, die es überall in Hamburg als regionale Gremien gibt. Warum sollte man hier nicht über neue Formen von Mitwirkung nachdenken? Ich möchte hier nicht die Beteiligungsformen gegeneinander ausspielen, sondern für ein mehr an strukturierter Beteiligung werben. Zwischen den unterschiedlichen Beteiligungsformen muss ein angemessenes Gleichgewicht gefunden werden. Insbesondere sollte aber die fachliche Expertise von Jugendlichen in den für sie relevanten Themenbereichen genutzt werden. So wäre es beispielsweise doch denkbar, die Mitbestimmung der Auszubilden-

den in den beruflichen Schulen weiter zu stärken. Hier gibt es noch viel Nachholbedarf.

#### **Carola Veit:**

Es reicht ja nicht, dass wir darüber reden, Jugendräte und Jugendparlamente stärken zu wollen. Man kann nicht sagen, dass sich hier spürbar etwas getan hätte. Also müssen wir gemeinsam mit den Jugendverbänden überlegen, welche Schritte sinnvoll sind. Die SPD ist übrigens die einzige Partei, die in der letzten Legislaturperiode ein kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren für Hamburgs Bezirke einführen wollte. CDU und GAL haben das abgelehnt.

#### **Mehmet Yildiz:**

Partizipation ist für uns die Grundlage einer solidarischen Gesellschaft. Wir als Partei DIE LINKE sehen, dass es in Hamburg erheblichen Nachholbedarf diesbezüglich gibt und ganze Gruppen von Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe vollkommen ausgeschlossen sind. Dies gilt es zu ändern, beispielsweise durch die Förderung und den Ausbau von Jugendverbandsarbeit und Investitionen in stadtteilbezogene Projekte wie z.B. Häuser der Jugend, Sport- und Kulturvereine. Es kann nicht sein, dass Kindern und Jugendlichen keine Freizeitmöglichkeiten mehr zur Verfügung gestellt werden, weil die Betreuungsplätze gestrichen wurden oder das Geld für den Besuch eines Vereins fehlt. Wir wollen, dass jeder junge Mensch tatsächlich an den Aktivitäten teilnehmen kann, an denen er will, auch wenn das familiäre Umfeld nicht die finanziellen Mittel dafür aufbringen kann. Auch Jugendliche, die in Problemsituationen geraten sind, müssen individuell und bedarfsgerecht betreut werden. Schwarz-grüne Politik ging hier in Richtung »billiger, schneller und oberflächlicher«. Und auch unter einem SPD-geführten Senat zeichnet sich ab, dass der Jugendpolitik keine Priorität eingeräumt werden wird.

---

**4) Wehr- und Zivildienst sind ausgesetzt. Freiwilligendienste im sozialen und ökologischen Bereich (FSJ/FÖJ) werden verstärkt nachgefragt. In Hamburg übersteigt die Nachfrage junger Menschen das bisherige Angebot. Wie kann der Ausbau gefördert werden? Auch durch die Schaffung eines Freiwilligen Sozialen Jahres »Politik« und »Jugendarbeit/Bildung«?**

---

#### **Christiane Blömeke:**

Freiwilligendienste für Jugendliche sind aus grüner Sicht ein wichtiger Bestandteil für die persönliche Entwicklung der Jugendlichen. Sie

sind eine besondere Form des bürgerlichen Engagements, tragen zum sozialen Lernen und zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung bei. Daher ist es uns Grünen wichtig, die Freiwilligendienste weiter auszubauen. In der schwarz-grünen Regierung haben wir die Einrichtung eines Freiwilligen Sozialen Jahres Politik eingefordert, das jetzt auf Umsetzung geprüft wird. Doch auch die anderen, bereits sehr gut bewährten Freiwilligendienste, wie das ökologische, das soziale oder das europäische Jahr, wollen wir weiter fördern. In der Tat gibt es regelmäßig mehr Nachfragen von Jugendlichen als Angebote. Unser Ziel ist es, das Angebot an die hohe Nachfrage anzupassen. Wichtig ist uns aber auch, dass wir mehr Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern oder mit Migrationshintergrund für die Freiwilligendienste begeistern können. Dreh- und Angelpunkt sind aber auch hier die nötigen Finanzen, sowohl von der Bundesebene als auch aus dem Landeshaushalt. In einer möglichen neuen Regierungsverantwortung werden wir auf jeden Fall prüfen, wie eine Aufstockung der Landesmittel für den Ausbau der Freiwilligendienste in Hamburg erfolgen könnte.

#### **Stephan Müller:**

Wir setzen uns für den Ausbau des Freiwilligendienstes ein. Freiwilligendienste sind ein wesentliches Element, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Zudem ist deren Ausbau auch eine Option, um zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Um das Angebot zu steigern, möchten wir die Einsatzfelder im Freiwilligen Sozialen Jahr weiter ausbauen. Wir wollen Freiwillige auch verstärkt im Bildungsbereich einsetzen. Dazu gehören beispielsweise die Mehrgenerationenhäuser und die Kinderbetreuung, Schulen, Selbsthilfegruppen, Benachteiligte sowie Felder im Bereich der Migration. Darüber hinaus unterstützen wir die Einführung des Freiwilligen Sozialen Jahres »Politik«, das als weiteres Format mit einer spezifischen Ausrichtung ohne Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen eingeführt werden kann. Hierzu müssen mit politischen und gemeinnützigen Stiftungen finanzielle Fördermöglichkeiten ausgelotet werden, da die reguläre Förderung nur mit rund 10 Prozent vom Bund und 90 Prozent vom Träger erfolgt.

#### **Olaf Schwede:**

Wehrpflicht und Zivildienst sind ausgesetzt worden. Das haben viele Jugendverbände über Jahre hinweg gefordert. Dies ist erstmal ein Erfolg im Interesse junger Menschen und ermöglicht eine individuellere Zukunftsplanung. Gleichzeitig gibt es aber den Wunsch vieler junger Menschen sich für ein Jahr gesell-

schaftlich zu engagieren und diese Zeit als Phase der Orientierung zu nutzen. Dem muss die Politik entgegenkommen und insbesondere auch Träger der Jugendhilfe bei der Bereitstellung von Plätzen und den notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen. Mit einem Freiwilligen Sozialen Jahr »Politik« und »Jugendarbeit/Bildung« könnten Jugendverbände je nach ihrem Profil eigene Plätze anbieten. Dafür benötigen sie aber Unterstützung sowohl finanzieller Art als auch durch einen gemeinsamen Träger. Hier kann der Landesjugendring eine wichtige Rolle übernehmen.

**Carola Veit:**

Im Bereich »Jugendarbeit/Bildung« ist ein FSJ bei Erfüllung der Voraussetzungen durch die Träger bereits jetzt möglich – auch wenn es nicht so heißt. Diese Ausweitung gab es schon mit der SPD-geführten Bundesregierung. Ein FSJ »Politik« lehnen wir ab – auch wenn wir es ja selbst nutzen könnten. Parteien sollten andere Möglichkeiten nutzen, junge Leute zu gewinnen. Und: Das FSJ »Politik« würde ja nicht der beruflichen Orientierung dienen.

Als SPD-Fraktion in der Bürgerschaft haben wir einen Antrag gestellt zur Stärkung von FSJ und FÖJ inklusive Platzbörse und Internetportal. Dieser wurde von GAL und CDU abgelehnt.

**Mehmet Yildiz:**

Es ist begrüßenswert, wenn junge Menschen die Möglichkeit bekommen, aus einem vielfältigen Angebot von freiwilligen Engagements auszuwählen. Allerdings gehen wir da einen Schritt weiter: Das Freiwillige Soziale Jahr sollte jedem offen stehen und angemessen bezahlt werden. Das muss die Stadt natürlich mit mehr Geldmitteln fördern und Konzepte dazu vorlegen, damit jeder Mensch einen Platz erhält. Was Wehr- und Zivildienst angeht, sind wir gegen jede Form von erzwungenen Arbeitsmaßnahmen. In den letzten Jahren ging die Tendenz dahin, Wehrdienstersatzleistende als billige Hilfskraft in den ausgebluteten Sozialeinrichtungen einzusetzen. Wir als DIE LINKE haben dies immer kritisiert und hoffen, dass durch die Abschaffung kein junger Mensch mehr dazu genötigt wird.

---

**5) Bildung endet nicht am Schultor. Non-formales Lernen, so wie es Jugendverbände ermöglichen, wird immer wichtiger. Wie kann Bildung durch Teilhabe und Integration durch soziales Engagement in Hamburg weiter gefördert werden?**

---

**Christiane Blömeke:**

Diesem Punkt stimmen wir eindeutig zu.

Das non-formale Lernen ist unverzichtbarer Bestandteil der Bildung für Kinder und Jugendliche. Die Jugendhilfandschaft in Hamburg (und in ganz Deutschland) leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Respekt und Wertschätzung. Viele Jugendhilfeträger machen Demokratie erlebbar und geben soziale Kontakte, die für die eigene Biographie wichtig sind. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, die Arbeitsfelder der freien Träger zu sichern. Gerade bei dem Ausbau weiterer Ganztageschulen wird es darum gehen, die bestehende Jugendhilfandschaft dem längeren Schulalltag der Kinder und Jugendlichen anzupassen, bzw. sie auch in den Schulalltag zu integrieren. Dabei ist es uns wichtig, dass Schule und Jugendhilfeträger auf gleicher Augenhöhe arbeiten.

Ein anderer Punkt ist die Förderung von internationalen Jugendaustauschen und Begegnungsprogrammen, die wir zunehmend mehr in den Fokus auch der Jugendhilfepolitik stellen wollen, weil durch diese insbesondere auch interkulturelle Kompetenzen gefördert werden.

**Stephan Müller:**

Jugendverbände sind ein wichtiger Bildungsakteur. Wir unterstützen daher die umfassende Förderung und Anerkennung der Tätigkeit von Jugendverbänden, Vereinen und Jugendinitiativen.

**Olaf Schwede:**

Jugendverbände sind einer der wichtigsten Orte für den Nachwuchs der demokratischen Zivilgesellschaft. Was wäre unsere Gesellschaft ohne Sportvereine, Gewerkschaften, Kirchen, Freiwillige Feuerwehr oder Hilfsorganisationen? All diese Institutionen leben davon, dass sich junge Menschen in Jugendverbänden für sie begeistern und oft bis ins hohe Alter für diese oder andere Verbände ehrenamtlich aktiv sind. Eine gute finanzielle Förderung der Jugendverbände ist damit eine wesentliche Stütze unserer demokratischen Gesellschaft. Kürzungen sind hier vollkommen unangemessen. Soziales Engagement junger Menschen muss aber auch möglich sein. Hürden hierfür wie z. B. Studiengebühren, die viele ehrenamtliche Jugendgruppenleiter benachteiligen, müssen beseitigt werden. Durch die Anerkennung von im Ehrenamt erworbenen Qualifikationen in Schule, Studium und Beruf könnte soziales Engagement nachhaltig gefördert werden.

**Carola Veit:**

Das so genannte »Non-formale Lernen« wird nicht nur unterschiedlich definiert, sondern ist auch nicht zu verordnen. Angebote und Interessen müssen zusammenfinden. Ich denke, dass viele Möglichkeiten zum sozialen Engage-

ment vorhanden sind – aber vielleicht nicht überall gleichermaßen. Auch ist die Voraussetzung in der Regel, dass man persönlich klar kommt. Teilhabe ist insofern der erste Schritt, auch soziales Engagement zu ermöglichen. Wenn es seitens der Jugendverbände konkrete Vorschläge gibt, wie wir dies dann noch attraktiver gestalten und mehr Jugendliche erreichen, sollten wir darüber sprechen. Sehr gern.

**Mehmet Yildiz:**

Soziales Engagement ist ein wichtiger Aspekt für eine funktionierende Bildungslandschaft, aber es kann kein Ersatz für eine angemessene Schulbildung geschweige denn für Bildungsgerechtigkeit sein. Teilhabe und Integration müssen seitens der Politik endlich wirklich ernst genommen werden, denn Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund sind einer massiven Bildungsungerechtigkeit ausgesetzt. Es muss endlich dafür gesorgt werden, dass Kinder von Hartz-IV-Empfängern, Geringverdienern und Migranten/innen die Möglichkeit haben, von einer ganztägigen und kostenfreien Kindertagesbetreuung ab dem ersten Lebensjahr zu profitieren.

Ebenso wenig kann man Jugendverbände als Korrekturfaktor für eine gescheiterte Schul- und Bildungspolitik benutzen, das ist nicht ihre Aufgabe. Stattdessen sollte man grundsätzliche Chancengleichheit schaffen und die Jugendverbände personell bzw. finanziell ausstatten, damit sie ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nachkommen können.

---

**6) Zuletzt mahnten die Autoren der Shell Jugendstudie einen Paradigmenwechsel in der Jugendpolitik an. Im Fokus der bisherigen Jugendhilfepolitik stünde strukturell ein »Defizit geleiteter Blick« auf junge Menschen. Durch diese Fokussierung auf die Gruppe der »Abgehängten« geht die Entwicklung einer Gesamtkonzeption der Jugendpolitik verloren. Eine umfassende Jugendpolitik, die sich den Lebenslagen und Interessen junger Menschen zuwendet, müsste daran ansetzen, die Bedingungen der Lebensphase Jugend zu verbessern. Wie könnte in Hamburg ein solcher Paradigmenwechsel eingeleitet werden?**

---

**Christiane Blömeke:**

Dieses Konfliktfeld beobachte ich in der Jugendhilfepolitik auch. Es ist aus meiner Sicht allerdings richtig, dass in Zeiten begrenzter Finanzmittel der Schwerpunkt der Jugendhilfe zunächst bei den Jugendlichen liegt, die Förderung und Unterstützung benötigen, weil das

Elternhaus dazu aus vielerlei Gründen nicht in der Lage ist. Ich würde allerdings auch nicht sagen, dass durch diese Schwerpunktsetzung die Gesamtkonzeption der Jugendpolitik verloren geht. Es ist uns wichtig, dass jeder junge Mensch seinen Platz in der Gesellschaft findet. Das hat nichts mit einem »Defizit geleitetem Blick« zu tun, denn in der Tat braucht gerade die Gruppe der »Abgehängten«, wie Sie diese Jugendlichen nennen, ganz besonders unsere Aufmerksamkeit und Hilfe. Jedes andere Handeln würde bedeuten, dass wir hier Jugendliche zurück lassen – und das kann sich auch eine Gesellschaft nicht leisten.

Aus diesem Grund ist es eine unserer politischen Zielsetzungen in der Tat, die Lebenslagen der jungen Menschen zu verbessern. Mit unserem Konzept der sozialen Stadtteilentwicklung, unserem Konzept zur Bildungspolitik und auch mit den Bereichen der Jugendhilfepolitik haben wir bereits viel dazu beigetragen die Lebensumstände der Jugendlichen zu verbessern. Damit können und wollen wir uns aber noch nicht zufrieden geben, denn es besteht auch weiterhin Handlungsbedarf. Insbesondere werden wir weiterhin auch Druck auf die schwarze Bundesregierung ausüben, die mit ihren politischen Beschlüssen nicht für Verbesserungen sorgen. Die Erhöhung der Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger um fünf Euro und das noch nicht ausgereifte Bildungspaket ohne Erhöhung der Kinderregelsätze werden von uns stark kritisiert.

#### **Stephan Müller:**

Jugendpolitik darf sich nicht nur als Jugendhilfepolitik gestalten, die sich in der Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erschöpft. Das Gros der jungen Generation ist engagiert, leistungsfähig und leistungsbereit. Sie wollen Verantwortung für die Zukunft übernehmen und sich aktiv für Ihre Zukunftschancen einsetzen.

Entscheidend ist, dass wir die Startchancen für alle jungen Menschen von Anfang an verbessern. Gute Bildung ist die Grundvoraussetzung, denn Bildungschancen sind Zukunftschancen und somit Lebenschancen für die junge Generation. Hierfür müssen wir die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Im Interesse der jungen Generation liegt einer unserer Schwerpunkte daher in der Bildungspolitik, welche bereits in der Kita beginnt. Die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für die junge Generation gehört ebenfalls dazu. Insgesamt muss Jugendpolitik als eine Querschnittsaufgabe aller Politikfelder, von der Bildungspolitik, über die Familien- und Sozialpolitik, die Wirtschafts- und Wohnungsbaupolitik bis hin zu einer generationengerechten Haushaltspolitik verstanden werden.

#### **Olaf Schwede:**

Wichtig ist, dass die Jugend als Lebensphase und nicht als Ansammlung von Problemen wahrgenommen wird. In der Jugend geht man zur Schule, widmet sich seiner Ausbildung und macht die ersten Schritte in sein späteres Leben. Es ist eine Übergangs- und Prägungsphase, in welcher der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe eine entscheidende Bedeutung zukommt. Dies betrifft zum einen die Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung und guter Arbeit als Grundlage der sozialen Sicherung, zum anderen die Sicherstellung demokratischer Teilhabe, um diese Gruppe für die Gesellschaft und ein Engagement in ihr zu gewinnen. Politik darf deshalb Jugend nicht als Randthema verschiedener Behörden behandeln, sondern muss die Förderung ihrer Lebens- und Mitwirkungsmöglichkeiten als zentrale gesellschaftliche Aufgabe begreifen.

Bisher gibt es hier deutliche Defizite. Dies spiegelt sich auch in der Wahlbeteiligung junger Menschen wieder. Die Wahlbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen betrug bei der Bürgerschaftswahl 2004 nur 48,6 Prozent, bei den Bürgerschaftswahlen 2008 sank dieser Anteil auf nur noch 38,2 Prozent. Nicht einmal jeder zweite Jugendliche hat damit von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Dies bedeutet, dass wir Jugendliche wieder für unser demokratisches System und unsere Gesellschaft gewinnen müssen. Das geht nur über ein mehr an Partizipation und das Gefühl gewollt zu sein und wirklich etwas bewegen zu können.

#### **Carola Veit:**

Ich mache seit einigen Monaten eine Besuchsreihe durch Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg – quer durch die Stadtteile. Die Lebenslagen und Bedarfe sind extrem unterschiedlich. Es gibt Gruppen, die bedürfen im wahrsten Sinne des Wortes der »Jugendhilfex«. Angebote der Jugendarbeit sollten natürlich immer möglichst integrativ sein, aber unsere Wirklichkeit ist auch: Viele Jugendliche haben Bildungschancen und materielle Möglichkeiten, ihren Interessen zu folgen, von denen andere nur träumen. Wenn wir den Blick nicht auf die Defizite richten, holt uns das alle ein. Deswegen bin ich überzeugt davon, dass eine gute Jugendpolitik sich an den Lebenslagen im jeweiligen Quartier orientieren muss. Und da muss ja nicht nach den Defiziten gefragt werden – sondern: »Was können wir schaffen?«

#### **Mehmet Yildiz:**

Ich denke, wir sollten die Probleme der jungen Menschen aus einer anderen Perspektive betrachten, statt sie zu kriminalisieren und zu

stigmatisieren: Weshalb sind die »Abgehängten« überhaupt in dieser Situation? Was führt dazu, dass junge Menschen resignieren? Wollen wir in einer Gesellschaft mit solchen Unterschieden, solchen Ungerechtigkeiten wirklich leben? In Hamburg leben tausende Kinder und Jugendliche in Armut, die sich obendrein auch noch vererbt. Wirkliche Chancengleichheit in der frühkindlichen und schulischen Bildung, bei der Ausbildungssuche, der persönlichen Entfaltung gibt es nicht, weil die Ausgangssituationen völlig andere sind. Um ein friedliches Miteinander zu gewährleisten, müssen wir alle Kinder und Jugendliche mitnehmen. Das fängt in der frühkindlichen Bildung an und endet nicht erst mit dem Schulabschluss. Dazu ist es unbedingt notwendig, dass Bildung von Kindesbeinen an kostenlos und gebührenfrei wird und die Schulstruktur geändert werden muss, um die Selektion bereits nach vier Jahren endlich zu überwinden. Schwarz-Grün hat bei der Frage der zukünftigen Kinder- und Jugendpolitik damit argumentiert, dass das Geld nicht da wäre. Im gleichen Atemzug wurden für die Elbphilharmonie etwa 400 Millionen, für die U4 250 Millionen und für die HSH Nordbank als Krisenverursacher drei Milliarden Euro verpulvert. Hier wird noch mal deutlich, dass die bisherigen Senate für die Wohlhabenden und Krisenverursacher immer Geld übrig hatten, während Hilfebedürftige in der Stadt den Gürtel immer enger schnallen müssen.

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



**Nehr Offsetdruck Media**

Antonie-Möbis-Weg 3 • 22523 Hamburg  
Telefon 040 / 57 19 73-0 • Telefax 040 / 571 09 62

# Bildung – Integration – Partizipation

## Der Landesjugendring Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2011

LJR-Vorstandsbeschluss vom 12. Januar 2011

### Bildung ist mehr als Schule

Bildung ist zu dem zentralen Begriff geworden, wenn es um das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen geht. Wenn Politik und Wirtschaft von Zukunftsinvestitionen sprechen, meinen sie insbesondere Förderprogramme für Kindergärten, Schulen und Universitäten. Geht man der Frage nach, was, wann, wie und wo gelernt wird, rücken neben dem formalen Bildungssystem verstärkt die außerschulischen Lernorte in den Fokus. Gerade Jugendverbände mit ihrer einzigartigen Kombination von konkreter Beteiligung und Verantwortungsübernahme erweisen sich als besonders attraktive Orte für Kompetenzerwerb und Persönlichkeitsbildung. Der Nationale Bildungsbericht »Bildung in Deutschland 2010« würdigt die Leistungen der dritten Bildungsinstanz (neben Familie und Schule) ausdrücklich.

### Integration fördern

In jüngster Zeit wird wieder verstärkt über die Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik diskutiert. Wir begrüßen es, wenn die soziale Seite der Bildung hervorgehoben wird. Wie wichtig dies ist, zeigt sich dadurch, dass in Deutschland immer noch der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen stärker mit der sozialen Herkunft zusammenhängt als in vielen anderen Industrieländern. Auch nach Ausrufung der Bildungsrepublik Deutschland und drei Bildungsgipfeln verlassen immer noch zu viele junge Menschen Schule und Betrieb ohne Abschluss. Das ist inakzeptabel und zeigt, dass mehr unternommen werden muss.

Viel zu viele junge Menschen wachsen in relativer Armut auf, weil ihre Eltern arbeitslos sind oder wenig verdienen, und werden damit in ihrer Entwicklung benachteiligt. Es gehört zu den staatlichen Aufgaben, für Chancengleichheit zu sorgen. Dieser Rechtsanspruch kann am besten eingelöst werden, wenn der Zugang zu Bildung kostenlos wird. Deshalb lehnen wir Studiengebühren ab.

Beim Stichwort Integration denken wir nicht ausschließlich an die ökonomische Eingliederung von sog. bildungsfernen Jugendlichen und/oder solchen mit Migrationshintergrund. Die Beteiligung von nur 38,2 Prozent der 18- bis 24-Jährigen bei der Bürgerschaftswahl 2008 hat gezeigt, dass auch bei der politisch-gesellschaftlichen Integration große Defizite bestehen.

### Partizipation ausbauen

Die Hamburger Kinder- und Jugendverbände sind Teil des Alltags von über der Hälfte der Kinder und Jugendlichen. Hier verbringen sie nicht nur ihre Freizeit, sondern organisieren und gestalten diese in demokratischen Strukturen selbstständig. Partizipation und Mitbestimmung sind dabei Voraussetzung und Ziel zugleich, denn bereits im »normalen Jugendarbeitsalltag« wird Beteiligung realisiert – ohne spezielle Projekte und Maßnahmen.

Ehrenamtliche und insbesondere Ehrenamtliche, die studieren, sind das Rückgrat unserer alltäglichen Gruppenarbeit und der Freizeitkultur. Sie ermöglichen es Kindern und Jugendlichen aus allen gesellschaftlichen Schichten Hamburgs an Ferienfahrten teilzunehmen, bieten qualifizierte und betreute Freizeitmöglichkeiten, sind Ansprechpartner bei alltäglichen Sorgen der Kinder und Jugendlichen und organisieren Beteiligungsmöglichkeiten in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen.

Durch die Einführung von G8, der Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem, dem allgemein wachsenden Zeit- und Arbeitsdruck und nicht zuletzt durch die Einführung von Studiengebühren schwinden die Ressourcen, um sich gesellschaftlich zu engagieren. Die Freiräume, die notwendig sind, um die Übernahme von Verantwortung zu erleben und zu erlernen, schwinden. Studien belegen, wie wichtig Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie sind. Ohne Jugendverbände geht mittel- bis langfristig betrachtet den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Nachwuchs aus, denn auch hier gilt: Was Hanschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr.

### Unsere Forderungen

- Keine Kürzung bei der Förderung der überregionalen Jugendverbände. Jugendverbände leisten einen unverzichtbaren Beitrag für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen. Wir fordern stattdessen eine ausreichende und angemessene finanzielle Unterstützung unserer Arbeit.
- Die Förderung von Jugendverbänden darf sich nicht auf die Förderung von Maßnahmen beschränken. Insbesondere die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen muss stärker gefördert werden, indem mehr getan wird für die Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Schule, Studium und Beruf. Konkret fordern wir, die Befreiung von Studiengebühren für die ca. 1.500 Studierenden mit Jugendleiter/innen-Card (JuLeiCa). Ferner sollen JuLeiCa-Inhaber/innen

bei der Vergabe von Studien-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen besonders berücksichtigt werden. Bei der Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sollte die Freie und Hansestadt Hamburg und alle Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, mit gutem Beispiel voran gehen.

- Jugendverbände benötigen Räume, wo sich die Gruppen wöchentlich treffen können. Diese Wirkungsstätten gehören zur sozialen Infrastruktur, für deren Vorhandensein und Erhalt auch die staatlichen Stellen zu sorgen haben. Wir erwarten von der neuen Regierung, dass sie den Bestand und den Ausbau der vorhandenen Wirkungsstätten garantiert.

- Jugendverbände benötigen zusätzliche Ressourcen und Unterstützung, wenn sie zusätzliche Aufgaben übernehmen wollen oder sollen. Das betrifft insbesondere die Behandlung von Querschnittsthemen wie Jugend und Europa, Gesundheitsförderung, Ausbau von Ganztagschulen und Beteiligung an Bildungskonferenzen.

- Jugendverbände wollen selbstbestimmt mitbestimmen. Jugendverbände gehören jungen Menschen und dürfen nicht von Erwachsenenorganisationen oder Behörden und Ämtern fremdbestimmt werden. Auch wenn es manchmal anstrengend ist: Senat und Bürgerschaft haben mit den Jugendverbänden und ihrer Zusammenschlüsse einen natürlichen Partner für das Erörtern jugendpolitischer Problemstellungen.

- Der Landesjugendring Hamburg fordert eine stärkere Partizipation von Kindern und Jugendlichen und ihrer Zusammenschlüsse in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Lebensräumen. Dazu bedarf es unserer Meinung nach einer Stärkung von vorhandenen Strukturen und Institutionen, die schon jetzt wirkliche Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen sowie einer Erweiterung von echten Mitbestimmungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Hierzu gehören insbesondere Stärkung und Ausbau von Freiwilligendiensten, altersgemäße Partizipationsprojekte nach § 33 des Bezirksverwaltungsgesetzes sowie die Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 14 Jahre.

# Was ist Deine wichtigste Frage der Welt?

Bei der Jugendakademie Neu Allermöhe (JANA) gibt es die Antworten!

Von Siegmara Grapentin, Evangelische Jugend Hamburg

**Einige kritzeln was auf die Tischdecke und andere diskutieren heftig. An vielen Tischen geht es hin und her – darum herum eine entspannte Café-Atmosphäre.**

**Diese Szene spielt nicht etwa in gediegener Atmosphäre an der Alster sondern in der FesteBurg bei den Fleeten in Neu Allermöhe: Menschen aus allen Generationen sitzen beim JANA Café an den runden Tischen.**

Fragen stellen und gemeinsam nach Antworten suchen, gehört in der Jugend Akademie Neu Allermöhe (JANA) immer dazu. Neu Allermöhe im Südosten Hamburgs ist ein Neubausiedlungsgebiet mit über 20.000 Einwohnern. Hier hat die evangelische Kirchengemeinde »Bergedorfer Marschen« vor drei Jahren ein Experiment gewagt mit dem Ziel, Bildungsarbeit neu zu gestalten und für Jugendliche attraktiv zu machen.

Dabei haben sich die Macher rund um Pastor Andres Kalkowski gleich die ganz großen Themen rausgesucht. Mit den Fragen, die der Philosoph Immanuel Kant formulierte – »Was ist der Mensch?«, »Was kann ich wissen?«, »Was darf ich hoffen?« und »Was soll ich tun?«, machen sie ein inhaltliches Spektrum auf, in dem akademisches Arbeiten intensiv möglich ist. Nun gehört Neu Allermöhe nicht zu den Stadtteilen, die dafür bekannt wären, dass dort die zukünftige Bildungselite heran wächst. Fast ein Drittel der Einwohner/innen ist unter 20 Jahren und stammt aus vielen Nationen. Der Anteil der Aussiedler ist relativ hoch, die Einkommenslage der Familien eher niedrig. Gerade hier setzte die Kirchengemeinde an. Sie erreicht über ihre umfangreiche Jugendarbeit sowie Konfirmanden einen großen Querschnitt der Jugendlichen und pflegt gute Kontakte sowohl zu Schulen wie anderen Stadtteilinstitutionen. Mit der Jugendakademie bringt die Kirchengemeinde die Generationen und Menschen mit unterschiedlichem Bildungsgrad an einen Tisch. Die Fragen, die gestellt werden, regen zum persönlichen Dialog an. Der steht bei JANA im Mittelpunkt – nicht der Vortrag eines hochkarätigen Referenten.

Bei JANA werden die Jugendlichen bewusst schon sehr früh mit in die Verantwortung genommen. So stellte die gerade 14-Jährige Anita Huk dem Sozialsenator Wersich bei sei-

nem Besuch im Herbst ein paar knifflige Fragen zur Gesundheitspolitik. Bei TTT, dem »Teens Themen Treff« kümmert sich Diakonin Corinna Harms um die Nachwuchsakademiker. Sie erarbeiten eigene Ideen und sind immer wieder dabei, wenn JANA zu Veranstaltungen einlädt. Gerade dieser Mut mit »ganz normalen Jugendlichen« Bildungsarbeit außerhalb von Schule neu zu probieren, wird mittlerweile in der Stadt anerkannt, was der Besuch von Politikern und mehrere Auszeichnungen zeigen.

JANA hat seit dem ersten Café im Januar 2007 eine beeindruckende Anzahl von Formaten ausprobiert: Es gab Geschichtswerkstätten zum 9. November, interreligiöse Lyrik-Abende, Projekt-tage zu Halloween und Reformation, gemeinsames Kochen zum Thema Liebe und vieles mehr.

Im letzten Herbst ging es um Themen wie »Gewalt im Namen Gottes: Was bedeutet es, wenn Gewalt im Namen Gottes ausgeübt wird?« – »140 l/Tasse Kaffee: Wie viel Wasser passt in eine Tasse Kaffee? Was bedeutet Nachhaltigkeit heute?« – »Vergiss mein nicht: Menschen aus Gegenwart und Geschichte begegnen sich – Woran will ich mich erinnern? Woran nicht? Und warum? Mit einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme«. Alles nicht eben »leichte Kost« und doch haben die JANA-Leute einen Weg gefunden, sich damit auf gleichzeitig akademische und menschliche Art auseinander zu setzen.

Auch andere Lernorte werden den Jugendlichen ermöglicht. So besuchten im Oktober Jugendliche Berlin auf Einladung von Manuel Sarrazin (Grüne, MdB). Im Sommer nahmen drei Jugendliche für JANA am ökumenischen BIEN-Festival in Litauen teil. 2011 wird es eine Tour nach Brüssel geben und einen Stand beim Evangelischen Kirchentag in Dresden. JANA unterstützt Jugendliche aber auch in ihrer individuellen Entwicklung. »DasPaket«-Gespräche nennen sie ihr Coachingangebot.

Auf der JANA-Website sind an jedem Tag andere Menschen und ihre Fragen zu finden. Dazwischen auch einige, die bei öffentlichen Veranstaltungen wie dem Europatag auf dem Rathausmarkt eingesammelt wurden. Damit noch mehr gute Foto-Fragen entstehen, gab es gleich einen Workshop Portrait-Fotografie.

Auf sich aufmerksam machte JANA auch mit dem gleich zweifach ausgezeichneten Jugend-

austausch mit Israel. Das Thema: »Identität und Verantwortung« brachte die Körber-Stiftung dazu, das Projekt mit »anstützen« zu unterstützen. Im April wurde das Projekt als »Ausgewählter Ort 2010« von »Deutschland – Land der Ideen« ausgezeichnet. In 2011 soll dieser Austausch gemeinsam mit der EJH, dem evangelischen Jugendverband in Hamburg, fortgesetzt werden.

Immer wieder gelingen auch Kooperationen mit der ebenfalls aus der Initiative von engagierten Neuallermöher Bürger/innen entstandenen »SpielScheune der Geschichten«. In dem großen Indoor-Spielplatz werden unter dem Motto: »Frieden wächst in den Herzen unserer Kinder« Kinder und Familien mit verschiedenen Geschichten, Märchen und religiösen Festen vertraut gemacht. Die besondere interkulturelle und interreligiöse Arbeit wurde gerade vom »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« als vorbildlich ausgezeichnet. Am Tag der Menschenrechte, dem 10.12.2010, fand dort im »Saal der Geschichten« ein JANA-Café mit dem Thema »Religion in Freiheit« statt.

Und die Initiatoren denken weiter und planen JANA zu einem Träger für das Freiwillige Soziale Jahr auszubauen. Wenn es ihnen gelingt, werden junge Leute eine sehr vielfältige, stadtteilnahe Bildungsarbeit kennen lernen und selbst zu »Bildungsträgern« ausgebildet.

Mit ihrer Arbeit zeigt die Kirchengemeinde Bergedorfer Marschen, dass verantwortliche evangelische Jugendarbeit immer auch Bildungsarbeit ist und dass neben der klassischen missionarisch-diakonischen Arbeit der Gemeinde gerade hier der Sinn für kirchliches Handeln liegt: Jugendliche mit ihren Fragen zu begleiten und gemeinsam mit ihnen Impulse in die Gesellschaft zu geben.

## Info

**JANA – Jugend Akademie Neu Allermöhe**  
Pastor Andreas Kalkowski | FesteBurg  
Otto-Grot-Straße 84-88 | 21035 Hamburg  
Tel.: (040) 73 50 79 47  
[www.jugendakademie.eu](http://www.jugendakademie.eu)  
[www.SpielScheune-der-Geschichten.de](http://www.SpielScheune-der-Geschichten.de)  
[www.bergedorfer-marschen.de](http://www.bergedorfer-marschen.de)

## Serie: Die Wirkungsstätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände und ihre Wirkungsstätten. Alle bisherigen Reportagen finden sich unter: [www.ljr-hh.de/data/punktum/hefte.php](http://www.ljr-hh.de/data/punktum/hefte.php)

### Ottensen ade?

Der Deutsche Pfadfinderbund Hamburg (DPBH) und der Pfadfinder & Pfadfinderinnenbund Nordlicht widersetzen sich

Von Christian Pohl, Hamburg

Die Räume im zweiten Stock des Hauses in der Ottenser Hauptstraße 38 nutzen zwei Pfadfinderbünde für ihre Gruppenstunden: der Deutsche Pfadfinderbund Hamburg (DPBH) und der Pfadfinder & Pfadfinderinnenbund Nordlicht (PBNL). Beide Bünde sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe und konfessionell wie politisch unabhängig. Sie sind beide Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Pfadfinderverbände (AHP). Jeweils ein Mädchen- und ein Jungenstamm aus jedem der beiden Bünde hat hier sein »Heim«. Insgesamt kommen jede Woche 100 bis 150 Kinder hierher. Die Arbeit vor Ort wird ausschließlich von Ehrenamtlichen gestaltet.

**Toben in Ottensen.** Auf mehr als 300 Quadratmetern stehen den Pfadfindern ein großer Saal, zwei weitere Gruppenräume, ein Toberaum, eine Küche und sanitäre Anlagen zur Verfügung. Ein weiterer Raum und eine weitere Küche werden von einer Schülergruppe genutzt. »Vor allem der Toberaum ist toll«, sagt Hannah Borkowski, »den benutzen die Kleinen gerne.« Die 15-jährige Schülerin ist seit sechs Jahren Pfadfinderin und leitet seit kurzem eine Gruppe im »Nordlichter«-Stamm Caradrhas. In ihrer Gruppe von Acht- bis Zehnjährigen darf noch viel getobt und gespielt werden. Auch gebastelt und gekocht wird gerne. Wenn die Kinder älter sind, möchte Hannah ihnen beibringen, selbst Verantwortung zu übernehmen: »Das können am Anfang ganz kleine Dinge sein – wie das Schreiben eines Textes für die Stammeszeitung.« Verantwortung übernehmen ist ein wichtiges Element pfadfinderischer Arbeit. Auch Benjamin Ehlers übernimmt Verantwortung. Der 23-Jährige ist seit 2004 Gruppenleiter im DPBH. Seit 2005 ist er Stammesführer im Stamm »Ambron«. Aufgrund seines ehrenamtlichen Engagements gehörte der Physikstudent vor drei Jahren zu den zehn Stipen-



Mitten in Ottensen: die Wirkungsstätte zweier Pfadfinderbünde

dienaten des Landesjugendrings Hamburg. Benjamin schätzt an seiner ehrenamtlichen Arbeit vor allem die Vielfalt in seinem Stamm. »Ottensen ist einfach ein spezieller Stadtteil.« sagt er. Die Angebote der Pfadfinder nutzen hier Kinder aus sozial benachteiligten Familien ebenso wie Kinder aus Akademikerfamilien. Der Anteil der Mitglieder mit Migrationshintergrund liegt in beiden Bünden bei rund 25 Prozent. Benjamin hält das für selbstverständlich: »Ottensen ist ein Stadtteil, der bunt gemischt ist, das macht den Charme aus.« Seit mehr als 30 Jahren gibt es Pfadfindergruppen in Ottensen. Zunächst gab es ein Pfadfinderheim in der Bahrenfelder Straße. Im Jahr 1983 erfolgte der Umzug in die Ottenser Hauptstraße. Damals war unter den Räumen der Pfadfinder noch ein Maschinenlager, heute ist dort eine Arztpraxis. »Ottensen hat sich mit der Zeit gewandelt.«, sagt Benjamin. Da das so ist, sind die Mieten in Ottensen auch deutlich angestiegen. Das wäre den Pfadfindern nun

beinahe zum Verhängnis geworden. Fast wäre ihnen der sprichwörtliche Boden unter den Füßen weggezogen worden.

**Nur der Teppich soll raus?** Rückblick auf den Januar dieses Jahres: Bei einem Routinebesuch des Gesundheitsamtes hat dieses den Zustand des Teppichs in den Räumlichkeiten bemängelt. Nach fast 20 Jahren pfadfinderischer Benutzung ist doch hier und da Abnutzung erkennbar, Flecken sind auch mit der Chemiekeule nicht mehr zu bekämpfen. Der Teppich soll raus. Für die Innenausstattung der Räumlichkeiten gibt es Instandhaltungsmittel des Bezirksamtes Altona. Dort beantragen die Pfadfinder einen neuen Teppich. Zunächst läuft alles glatt. Die Teppich-Firma kommt und nimmt Maß. Eigentlich ist alles klar: Die Firma muss nur noch Bescheid geben, wann der neue Teppich kommt. Doch nichts passiert. Wochenlang. Nach einiger Zeit ruft einer der ehrenamtlichen Hauswarte der Pfadfinder bei der

Fotos © Christian Pohl

Teppich-Firma an. Zu seinem Erstaunen erfährt er, dass der Auftrag storniert wurde. Die Pfadfinder sollen doch schließlich raus aus dem Gebäude. Für diese ist die Nachricht ein Schock.

Eine Nachfrage beim Bezirksamt ergibt, dass es tatsächlich derartige Pläne gebe. Man möge sich schon mal nach Alternativräumen umschauen. Vielleicht auch selbst etwas anmieten. Das Bezirksamt macht in der Folgezeit seinerseits Alternativvorschläge. Zunächst werden den Pfadfindern Räume des Mädchentreffs »Wilde Göre« am Fischmarkt angeboten. Andere Umgebung, anderes Milieu, andere Struktur, raus aus Ottensen. Die Räumlichkeiten sind



Benjamin Ehlers hat viel zu zeigen

deutlich kleiner, zudem ist die Raumaufteilung ungünstig. Mehr als eine Gruppe zurzeit kann sich dort nicht treffen. Die Absprachen zur Raumbelastung zwischen den vier Stämmen, die bisher aufgrund der vielen Räume in Ottensen gut funktionieren, drohen unmöglich zu werden. Viele Heimabende müssten auf ganz andere Zeiten verschoben werden. Ein weiteres Problem: Das Gebäude ist vom Bezirk nur noch für fünf Jahre angemietet. Benjamin: »Was nach diesen fünf Jahren passiert wäre, wären wir dort eingezogen, das weiß niemand.« Nicht auszuschließen, dass die Suche der Pfadfinder dann aufs Neue hätte losgehen müssen.

**Raus aus Ottensen?** In der Struenseestraße, 300 Meter weiter, wird eine ehemalige Hausmeisterwohnung angeboten. Dort stehen ein Durchgangsraum und ein halbes Zimmer zur Verfügung. »Ein sehr halbherziger Vorschlag«, glaubt Benjamin. Auch Räume in der Alsenstraße am Bahnhof Holstenstraße werden ange-

boten, aber auch diese bieten nicht den nötigen Platz. Grundsätzlich können sich die Verbände auch vorstellen, sich aufzuteilen, »aber die angebotenen Räume wären auch für nur einen Verband zu klein gewesen«, sagt Benjamin. Zudem befürchten die Pfadfinder bei einem Umzug raus aus Ottensen einen drastischen Mitgliederrückgang. Hannah bestätigt diese Einschätzung: »Das Tolle an unserem Heim ist, dass es so zentral liegt. Ich glaube nicht, dass ein Umzug bei den Mitgliedern so gut ankommen würde.« Sie haben dafür einen guten Grund: Rund 90 Prozent ihrer Mitglieder wohnen maximal 500 Meter von ihrem Heim in der Ottenser Hauptstraße entfernt. Die meisten können ihre Gruppenstunde also ohne die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und ohne das Kreuzen von Hauptverkehrsstraßen aufsuchen. Bei allen angebotenen Alternativen wäre das nicht mehr der Fall.

Die Pfadfinder suchen den Kontakt zum Amt für Jugend. Gleichzeitig schalten sich der Landesjugendring und die AHP ein. Es gibt viele Briefwechsel. Letztendlich wenden sich die Pfadfinder an das beschlussfassende Gremium. Das ist in solchen Fällen der Jugendhilfeausschuss des Bezirks. Die Pfadfinder laden die Mitglieder zu sich in die Ottenser Hauptstraße ein, wo im September der Ausschuss tagt. Das Interesse der Ausschussmitglieder ist groß. Viele kommen besonders früh, um einen Live-Eindruck von der Pfadfinderarbeit vor Ort zu erhalten. Mit ihrer Präsentation können die Bünde punkten. Themen, die im aktuellen politischen Diskurs eine Rolle spielen, wie Integration und das Aufbrechen von Geschlechterrollen, sind seit jeher wichtige Säulen ihrer Arbeit. Im Laufe der Sitzung wird den Bündeln auch von Bezirksseite Mut gemacht. Man sei an einer einvernehmlichen Lösung interessiert.

**Probleme und positive Signale.** »Das große Problem ist, dass es keinen Nutzungsvertrag gibt.«, beklagt Benjamin. Die Räume werden vom Bezirk Altona angemietet und den Pfadfindergruppen zur Verfügung gestellt. Schriftlich festgehalten ist das nirgends. Die Pfadfinder haben im Laufe der Jahre viel Arbeit in die Räume gesteckt, bei Instandhaltungsmaßnahmen selbst mit Hand angelegt. Man wünscht sich einen Vertrag, der ruhig auch mit Pflichten einhergehen soll. Sie selbst haben Vorschläge zu Sparmöglichkeiten gemacht. So wollen sie die Reinigungs- und Hausmeister-tätigkeiten, die bisher durch externe Kräfte erfolgen, in Zukunft selbst erledigen. Zudem könnten die Räume in den Vormittagsstunden an andere Einrichtungen weitervermietet werden. Die Pfadfinder gehen von einem Einsparpotenzial von fast 10.000 Euro im Jahr aus. Für Benjamin ist vor allem Planungssicherheit

wichtig. »Es ist schon blöd, wenn man in Ottensen Mitglieder wirbt und dann kurze Zeit später umziehen muss.«

Inzwischen gibt es positive Signale: »Die Räumlichkeiten stehen den Pfadfindern zur weiteren Nutzung zur Verfügung.«, teilt Peter Weinem vom Bezirksamt Altona mit. Der Abschluss eines Nutzungsvertrages ist geplant und wird von der Hausverwaltung des Bezirksamtes vorbereitet. Die Angebote der Pfadfinder werden dabei eine Rolle spielen. Die Gruppen werden die Räume aber weiter kostenfrei nutzen können. Peter Weinem macht aber auch klar: »Wenn das Bezirksamt Altona alternative Räumlichkeiten findet, die kostengünstiger sind und den Anforderungen der Nutzer entsprechen, wird es erneut Gespräche mit den Nutzern geben müssen.« Die Dienststellen der Stadt Hamburg seien zu einer wirtschaftlichen Haushaltsführung verpflichtet. Insofern bleibe der Auftrag der Kostenreduzierung bestehen. Vorerst können die Pfadfinder aber in ihren Räumen bleiben. Das sind gute Nachrichten für die Ehrenamtlichen vor Ort. Und auch ein anderes Problem scheint damit behoben: Ein neuer Teppich soll noch im Januar geliefert werden.

## Info

### **Pfadfinder & Pfadfinderinnenbund Nordlicht**

Ottenser Hauptstraße 38 | 22765 Hamburg

**Stamm Caradhras** (Mädchen)

**Kontakt:** Lisa Borkowski

Tel.: (0176) 63 10 47 22

[www.caradhras.pbnl.de](http://www.caradhras.pbnl.de)

**Stamm Ambronon** (Jungen)

**Kontakt:** Torben Voß

Tel.: (0176) 50 08 72 25

[torben@pbnl.de](mailto:torben@pbnl.de) | [www.ambronon.de](http://www.ambronon.de)

**PBNL-Geschäftsstelle:** Postfach 50 05 02

22705 Hamburg | Tel.: (0800) 732 33 46

[info@pbnl.de](mailto:info@pbnl.de) | [www.pbnl.de](http://www.pbnl.de)

### **Deutscher Pfadfinderbund Hamburg**

Ottenser Hauptstraße 38 | 22765 Hamburg

**Hag Eichhörnchen** (Mädchen)

**Kontakt:** Birgit Wemhöner

Tel.: (040) 715 19 81

[wuschel8765@alice.de](mailto:wuschel8765@alice.de)

**Stamm Ambronon** (Jungen)

**Kontakt:** Benjamin Ehlers

Tel.: (040) 61 69 79

[mali@dpbh.de](mailto:mali@dpbh.de) | [www.stammambronon.de](http://www.stammambronon.de)

**DPBH-Geschäftsstelle:**

Grünebergstraße 7 | 22763 Hamburg

Tel.: (040) 880 57 09 | [info@dpbh.de](mailto:info@dpbh.de)

[www.dpbh.de](http://www.dpbh.de)

## Medienkompetenz für Jugendleiter/innen

Start des Fortbildungsprojektes

**Wozu eine Fortbildung zur Medienkompetenz? 99 Prozent aller Jugendlichen nutzen das Internet, 95 Prozent besitzen ein Handy – laut der jüngsten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa in Deutschland. Die digitale Vernetzung ist ein selbstverständlicher Bestandteil in der Lebenswelt junger Menschen.**

**Digitale Kluft.** Eine »Hilfe« zum Zugang in die Online-Welt ist also nicht notwendig. Was jedoch fehlt, offenbart ein genauere Blick in die repräsentative Forsa-Umfrage unter 14- bis 19-jährigen Jugendlichen ([www.bitkom.org/de/presse/8477\\_65922.aspx](http://www.bitkom.org/de/presse/8477_65922.aspx)). So klafft eine eklatante Lücke zwischen privater, häuslicher und schulischer Nutzung des Computers. Für zwar nur fünf Prozent der Schüler ist der Unterricht komplett offline. 38 Prozent nutzen PCs höchstens alle zwei Wochen und 41 Prozent mindestens einmal in der Woche. Jedoch für nur 15 Prozent der Schüler ist der Computer ein alltägliches »Arbeitsgerät« im Schulunterricht. Bei der Bewältigung der Hausaufgaben wendet sich hingegen das Blatt: Drei Viertel der Jugendlichen nutzen PCs dazu mindestens einmal in der Woche, 29 Prozent sogar täglich. Während somit der Computer in der Schule noch weit davon entfernt ist, als normales Lernmittel in den Unterricht integriert zu sein, ist seine Nutzung zur Bewältigung der Hausaufgaben bei Schülern schon fast alltäglich.

Holen Schüler folglich zuhause das nach, was die Schule nicht leisten kann resp. will? Und kann das überhaupt klappen? Denn technische Computerkenntnisse bilden die eine, der medienkompetente und -kritische Umgang mit dem Internet beschreibt die andere Seite. Ohne die grundsätzliche pädagogische Frage aufzuwerfen, wie weitreichend die Unterrichtsnutzung von PC und Internet sein sollte, so steht außer Frage, dass Defizite in der Medienkompetenzausbildung junger Menschen bestehen.

**Anders lernen.** Genau hier setzt das Projekt zur Förderung der Medienkompetenz für Jugendleiter/innen an. Die Tagesfortbildung wird gemeinsam von der Medienanstalt Hamburg – Schleswig-Holstein, den beiden Landesjugendringen aus diesen Bundesländern und dem Offenen Kanal Kiel angeboten. Ende Oktober startete das Pilotprojekt in Hamburg, im Februar 2011 folgt ein Fortbildungskurs in Kiel. Ausgangspunkt für die Fortbildung sind



nicht allein die benannten Defizite in der Medienkompetenzförderung. Ebenso entscheidend ist der Wandel, der die Grenzen zwischen digitaler und analoger resp. direkter Kommunikation bei jungen Menschen verblassen lässt. Soziale Netzwerke wie Twitter, Facebook oder SchülerVZ und SMS-Nachrichten via Handy sind alltägliche Austauschformen zwischen jungen Menschen. Davon bleibt die Face-to-Face-Community der Jugendverbände nicht unberührt. Medienkompetenz wird neben den sozialen und pädagogischen Kompetenzen immer wichtiger. Dies gilt umso nachdrücklicher für Jugendleiter/innen. In ihren Jugendgruppen sind sie sowohl Bezugs- und Vertrauenspersonen für jüngere Gruppenmitglieder als auch Multiplikatoren für aktuelle Themen. Sie müssen sich daher nicht nur medienkompetent und sicher in der digitalen Welt bewegen können; sie sind auch Ansprechpartner innerhalb ihres Jugendverbandes für all die Sorgen oder Risiken, die im Umgang mit der digitalen Vernetzung junger Menschen entstehen können.

Die Tagesfortbildung greift dieses Anforderungsprofil mit den Themen Web 2.0, Gaming, Handy und Persönlichkeitsschutz auf. Sowohl kreative Nutzungsformen als auch Risikobereiche werden durch Übungen, Praxisbeispiele und Hintergrundinformationen ausgelotet. Dieser Mix ist zugeschnitten auf das informelle Lernen, das Jugendliche in ihren Verbänden erleben.

Über den Fortgang der Fortbildungslinie beraten die Träger nach der Durchführung des zweiten Testlaufes am 26. Februar in Kiel. Weitere Seminare, die Jugendleiter/innen auch für die erneute Beantragung ihrer Juleica als Fortbildungsnachweis nutzen können, sollen folgen. (jg)

## Alternative Stadtrundfahrten

Nachrichten

**Beteiligungsprojekt für die zukünftige Gedenkstätte am Lohseplatz – Wiederentdeckung der Geschichte in der HafenCity.**

Ein neuer Stadtteil entsteht in Hamburg-Mitte. Luxuriöse Eigentumswohnungen mit Blick aufs Wasser, repräsentative Geschäftsgebäude und Büroflächen sind in der HafenCity ebenso geplant (und zum Teil bereits entstanden) wie eine Schule, eine Kindertagesstätte und eine Parkanlage. In diesem Park, dem Lohsepark, befand sich früher der Hannoversche Bahnhof. Schwarze Tafeln erinnern seit 2004 an die Geschichte des Ortes. Der Hannoversche Bahnhof wurde nach seiner Eröffnung im Jahr 1872 zunächst als Personen- und Güterbahnhof genutzt und verband Hamburg mit dem Süden. 1906 löste ihn der neu eröffnete Hamburger Hauptbahnhof als Personenbahnhof ab. In den Jahren 1940 bis 1945 wurde der Hannoversche Bahnhof für Deportationen genutzt: Von hier wurden mindestens 7.692 Juden, Roma und Sinti in Ghettos und Konzentrationslager verschleppt – für die allermeisten ein Weg in den Tod.

**Nicht nur nationalsozialistische Überzeugungstäter**, sondern zahlreiche willfähige Mitarbeiter von Behörden, Institutionen und Privatunternehmen sorgten für den reibungslosen Ablauf dieses Verbrechens. Die »Volksgemeinschaft« profitierte in vielerlei Hinsicht und sah überwiegend weg. Der im Osten der neu entstehenden HafenCity gelegene Ort symbolisiert somit die historische Nähe von Normalität und Barbarei wie kaum ein anderer in Hamburg. Um dieser Vergangenheit zu erinnern, wird in den nächsten Jahren ein zentraler Gedenkort entstehen. Die Planungen für diesen zentralen Erinnerungsort soll jedoch nicht allein Fachleuten überlassen werden.

»Wie wollt ihr euch erinnern?« ist der Titel eines Projekts, das die Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung und den Aktivitäten des »Informations- und Dokumentationszentrums Hannoverscher Bahnhof« zum Ziel hat. Zurückgehend auf die Initiative des LJR (Vollversammlungsbeschluss »Lohseplatz - Erinnern, Gedenken, Lernen« vom 10.12.2008) haben sich die Behörde für Kultur und Medien, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die Alfred-Toepfer-Stiftung F.V.S., die Forschungsstelle für Zeitgeschichte, die Behörde für Soziales sowie der LJR in einer »Projektgruppe Beteiligung« zusammen geschlossen. Gemeinsam wollen sie Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit gegeben, eigene Ideen für den zentralen Erinnerungsort im Lohsepark

## Richtungsweisende Entscheidungen

Bericht von der Vollversammlung des Landesjugendringes Hamburg vom 18. November 2010

zu entwickeln und diese frühzeitig in die Planungen einzubringen.

Gesucht werden dafür junge Menschen zwischen 16 und 21 Jahren. Die Ausschreibung des Projekts ist im Mitte 2011 geplant.

### Hamburg und die »Weiße Rose«

Für Zivilcourage und mutiges Aufbegehren gegen die NS-Diktatur steht die »Weiße Rose« bis heute. Die studentische Widerstandsgruppe um die Geschwister Scholl verbreitete in München ab Juni 1942 selbstverfasste Flugblätter, nannte darin die Verbrechen des Regimes beim Namen und rief die Bevölkerung zum Widerstand auf. Nur wenig bekannt ist, dass der Widerstand der »Weißen Rose« bis nach Hamburg reichte. Studenten, Intellektuelle, Künstler und Ärzte griffen in lose verflochtenen Freundeskreisen die Münchner Ideen und Aktionen auf. Die Geschichte des Hamburger Widerstands stärker in das Bewusstsein von Wissenschaft und Öffentlichkeit zu rücken, ist das Anliegen eines breiten Bündnisses auf Initiative der der Körber-Stiftung und der Weiße Rose Stiftung e.V..

Mit einem bunten Veranstaltungsprogramm wird von Januar bis März 2011 auf »Hamburg und die Weiße Rose« aufmerksam gemacht: Zum Auftakt der Reihe findet am 31. Januar 2011 im KörberForum eine Podiumsdiskussion statt. Die Ausstellung »Ihr Geist lebt trotzdem weiter« wird ab dem 1. Februar im Kulturpunkt in Hamburg-Barmbek gezeigt. Weitere Programmpunkte sind unter [www.koerberstiftung.de](http://www.koerberstiftung.de) einzusehen.

**»Gegen den Gleichschritt«** – Die Alternative Stadtrundfahrt des LJR über »Jugendopposition und -widerstand« in Hamburg während des Nationalsozialismus informiert ebenfalls über den Hamburger Zweig der »Weißen Rose«. Erinnert wird zudem an die »Swing-Heinis« und »Swing-Babes«, die allein aufgrund ihres Musikgeschmacks in Konflikt mit dem NS-Regime gerieten, sowie an die Vierergruppe um Helmut Hübener, einen jungen Auszubildenden, der sich über die verbotene BBC informierte, seine Umgebung über den wahren Charakter des NS-Regimes aufklären wollte und dafür – wie die »Weiße Rose« in München – Flugblätter verfasste. Er wurde jedoch bei der Gestapo denunziert, verhaftet und 1941 im Alter von 17 Jahren hingerichtet.

**Nach Terminwunsch** kann diese Alternative Stadtrundfahrt – wie andere Touren – gebucht werden. Die Preise sind 2011 unverändert geblieben. (mr)

**Die Agenda** war voll gepackt: Neben dem Bericht des Vorstandes, der Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2011, der Vorstellung der Evaluation der Alternativen Stadtrundfahrten und der Nachwahl für den LJR-Vorstand (Wahl von Ronja Kieslich; s. S. 2) standen mehrere Anträge im Fokus der Debatte.

Beim Thema **Freiwilligendienste** stimmte die Vollversammlung für den Antrag des Vorstandes, der eine aktuelle Debatte in der Hamburgischen Bürgerschaft aufgriff. Folgende Forderungen werden somit an die Politik gerichtet:

- Eine in Hamburg einheitliche Förderung der klassischen Jugendfreiwilligendienste (FSJ/FÖJ) durch die Hansestadt Hamburg;
- der Aus- und Aufbau dieser Dienste, insbesondere durch die Schaffung der Freiwilligen Sozialen Jahre »Politik« und »Jugendarbeit/Bildung«, sowie
- eine kritische Haltung zum Vorhaben der Bundesregierung, einen Bundesfreiwilligendienst einzuführen.

Ziel der Freiwilligendienste ist es, die Bildungs- und Engagementfähigkeit von Jugendlichen zu fördern. Jedoch übersteigt seit Jahren die Nachfrage junger Menschen das vorhandene Angebot an Einsatzstellen. Daher machen sich die Jugendverbände dafür stark, das Angebot insbesondere durch einen neuen Einsatzbereich »Jugendarbeit/Bildung« resp. »Politik« zu erweitern. Jugendverbände sind als Orte nonformalen und informellen Lernens dafür prädestiniert. Zudem könnte so die bislang geringe Zahl an Einsatzstellen im Bereich der Jugendverbandsarbeit ausgebaut werden.

Kontrovers wurde das Thema der **Bildungspakete** im Rahmen der Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze auf Basis eines gemeinsamen Antrags des Jugendwerks der AWO und der SJD – Die Falken debattiert. Zum Hintergrund: Auf Vorschlag der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, soll die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus Hartz-IV-Familien an Sport-, Kultur- und Musikangeboten direkt gefördert werden. Damit diese Leistung auch bei den Betroffenen ankomme, sollen zukünftig Bildungsgutscheine (resp. ein »Bildungschip«) an junge Menschen anstelle pauschaler Zuwendungen an deren Eltern ausgegeben werden. Ist jedoch eine solche Lösung praktikabel? Werden Kinder und Jugendliche aus Hartz-IV-Familien durch die »Bildungsgutscheine« als Bezahlsystem gegenüber zahlenden Altersgenossen stigmatisiert? Sollte man die vorgeschlagenen Hartz-IV-Regelungen generell ablehnen? Die Anhe-

bung der Regelsätze fordern? Die Vollversammlung konnte sich auf keine einhellige Position festlegen – auch aufgrund vieler offener Fragen im noch laufenden Gesetzgebungsverfahren. Denn nach der Ablehnung des Gesetzesvorschlags durch den Bundesrat ist aktuell der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag mit der Sache befasst. Im Dezember hat der Landesjugendring an die Debatte der Vollversammlung anschließend eine Informationsveranstaltung – zusammen mit [team.arbeit.hamburg](http://team.arbeit.hamburg) und der BSG – zur Problematik der Bildungspakete abgehalten, um die Praktikabilität der »Bildungsgutscheine« für Jugendverbände weiter zu erörtern. Folgende zentrale Kritikpunkte wurden herausgearbeitet, mit denen sich der LJR-Vorstand an Bürgermeister Ahlhaus und den Zweiten Bürgermeister Wersich zur Einflussnahme im Vermittlungsausschuss gewendet hat:

- Keine Stigmatisierung durch ein Gutscheinsystem
- Der Leistungskatalog im Rahmen der Bildungspakete muss Bezug nehmen auf die gesetzlich beschriebene Förderung der Jugendverbände, damit Inhaber von Bildungsgutscheinen an allen Angeboten der Jugendverbände teilnehmen können. (Herstellung einer Analogie zur Regelung der §§ 11 und 12 SGB VIII)
- Problem Bürokratie: Die Abwicklung eines Bezahlsystems über Bildungsgutscheine stellt insbesondere rein ehrenamtlich organisierte Jugendverbände vor schwer lösbare Probleme. Es fehlen oftmals die strukturellen Voraussetzungen (Büro, Bankkonto), um ein unbarges Gutscheinsystem anwenden zu können. Inwieweit diese Forderungen Eingang in die Beratungen des Vermittlungsausschusses gefunden haben, ist offen, da dessen Sitzung am 19. Januar nach Redaktionsschluss lag.

**Zurück zur Vollversammlung.** Des weiteren hat die Vollversammlung einen Arbeitskreis zum Thema Fortbildungen eingesetzt. Dieser soll Lösungen zu den Aspekten Bedarfsermittlung, wechselseitige Anerkennung von Fortbildungen und gemeinsamer Bewerbung von Angeboten erarbeiten. Der Vorstand berichtete schließlich noch über den Fortgang der Verhandlungen über eine Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Ganztagschulen mit Partnern aus dem Bereichen Kultur und Jugendhilfe. Die Rahmenvereinbarung hat der Landesjugendring inzwischen unterschrieben und kann unter [www.ljr-hh.de](http://www.ljr-hh.de) eingesehen werden. (jg)

# Vom »Häufeln« und »Verteilen« – das neue Wahlrecht

## So werden die Hamburgische Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen gewählt – mit jeweils zehn Stimmen

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften vom 7. Juli 2009 hat Hamburg ein stark personalisiertes Wahlrecht für die 121 Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft und für die Bezirksversammlungen erhalten. Damit haben die Wähler/innen mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Abgeordneten Häuser. Denn Stimmen können gehäufelt (kumuliert) an einen Kandidaten resp. Liste oder verteilt (panaschiert) an mehrere Kandidaten vergeben werden.

### Wahl der Bürgerschaft

Die Wahlberechtigten können maximal zehn Stimmen vergeben, fünf Stimmen für die Kandidaten im Wahlkreis, fünf Stimmen für die Kandidaten oder Parteilisten auf der Landesliste.

- Auf dem **roten** Stimmzettel für die **Wahlkreislisten** kann man die **fünf Stimmen** beliebig auf die Kandidaten verteilen: **a)** mehrere Stimmen für einen Kandidaten anhäufen bzw. kumulieren, **b)** die fünf Stimmen an mehrere Kandidaten – sogar unterschiedlicher Parteien – verteilen bzw. panaschieren.

Die Mandate des Wahlkreises erhalten die Kandidaten in der Reihenfolge der für sie jeweils abgegebenen Stimmen.

- Auf dem **gelben** Stimmzettel für die **Landeslisten** sind ebenfalls die von den Parteien und Wählervereinigungen eingereichten Wahlvorschläge mit den Kandidaten abgedruckt. Die **fünf Stimmen** können auch hier nach Belieben verteilt werden. Drei Varianten sind möglich: Man kann **a)** einem Kandidaten mehrere Stimmen geben, oder **b)** die Stimmen auf mehrere Kandidaten verteilen; alternativ ist **c)** möglich, die Stimmen auch an die Partei oder Wählervereinigung selbst vergeben – und zwar ebenfalls unter Anhäufen oder Verteilen.

Je nachdem, wie viele Stimmen für die Partei selbst und wie viele Stimmen für die einzelnen Kandidaten abgegeben wurden, ergibt sich, welcher Kandidat über die Landesliste in die Bürgerschaft einzieht.

### Wahl der Bezirksversammlungen

Das Wahlverfahren zu den Bezirksversammlungen ist weitgehend identisch mit dem zuvor dargestellten Bürgerschaftswahlrecht. Jeder Wahlberechtigte (auch EU-Bürger) hat wiederum **zehn** Stimmen, und zwar **fünf** Wahlkreisstimmen für die Wahl nach **Wahlkreislisten (blau)** und **fünf** Bezirksstimmen für die Wahl nach **Bezirkslisten (grün)**. Die Stimmen können ebenfalls verteilt oder gehäuft vergeben werden.

## Stimmen häufeln

A-Partei	
Gesamtliste A-Partei	○ ○ ○ ○ ○
Kandidatinnen und Kandidaten A-Partei	
1 Müller, Daniel 1965, GeschMfA/Heer	○ ○ ○ ○ ○
2 Meyer, Sabine 1991, Gymnasiallehrerin	○ ○ ○ ○ ○
3 Schulz, Claudia 1990, Rechtsanwältin	○ ○ ○ ○ ○

B-Partei	
Gesamtliste B-Partei	○ ○ ○ ○ ○
Kandidatinnen und Kandidaten B-Partei	
1 Akin, Fatma 1992, Professorin	○ ○ ○ ○ ○
2 Meyer, Peter 1973, Bauarbeiter	○ ○ ○ ○ ○
3 Schmidt, Petra 1969, Bildungswissenschaftlerin	⊗ ⊗ ⊗ ⊗ ⊗

## Stimmen verteilen

A-Partei	
Gesamtliste A-Partei	○ ○ ○ ○ ○
Kandidatinnen und Kandidaten A-Partei	
1 Müller, Daniel 1965, GeschMfA/Heer	○ ○ ○ ○ ○
2 Meyer, Sabine 1991, Gymnasiallehrerin	⊗ ⊗ ○ ○ ○ ○
3 Schulz, Claudia 1990, Rechtsanwältin	○ ○ ○ ○ ○

B-Partei	
Gesamtliste B-Partei	○ ○ ○ ○ ○
Kandidatinnen und Kandidaten B-Partei	
1 Akin, Fatma 1992, Professorin	⊗ ○ ○ ○ ○ ○
2 Meyer, Peter 1973, Bauarbeiter	○ ⊗ ⊗ ○ ○ ○
3 Schmidt, Petra 1969, Bildungswissenschaftlerin	○ ○ ○ ○ ○